

BAL
DUPLICATE
OF THE LIBRARY

LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER
LIBRARY

Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 4

BERLIN, DEN 25. JANUAR

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Der 21. Januar (1924—27) / Ercoli: Das faschistische Italien als Kriegsherren-
Minor: Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten an der Gewerkschaftsfront / Lewin: Zur Frage der Wandlung des englischen Kapitalismus / Roy: Perspektiven der Nationalen Bewegung in Indien / Lenin: Ein neues Manöver Otto Bauers

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 4 25. JANUAR

I N H A L T

	Seite
Der 21. Januar (1924—1927)	157
Ercoli: Das faschistische Italien als Kriegsherd	159
Minor: Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten an der Gewerkschaftsfront	163
Lewin: Zur Frage der Wandlung des englischen Kapitalismus	171
Roy: Perspektiven der Nationalen Bewegung in Indien	177
Len—r: Ein neues Manöver Otto Bauers	185
Walecki: „Theoretiker“ der PPS und des „Bund“	194
Sonter: „Die imperialistische Politik im Fernen Osten“	197

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	„ 0,40
Postabonnement monatlich	„ 1,—
Per Kreuzband monatlich	„ 1,25
Postabonnement Quartal	„ 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar „

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

DER 21. JANUAR (1924—1927)

Vor drei Jahren erlosch das Leben des größten revolutionären Führers aller Zeiten, aller Völker und aller Klassen, Wladimir Iljitsch Lenins. Er war es, der die Kommunistische Internationale begründete, der die Bolschewistenpartei schuf und die Weltgeschichte bis zur großen Oktoberumwälzung fortführte. Er war der Schrecken und Abscheu der internationalen Bourgeoisie, der leidenschaftlich geliebte Lehrer aller Proletarier und aller Bedrückten. Sein selbstloser Dienst am Proletariat, sein genialer Scharfblick, seine übermenschliche Arbeitsfähigkeit, seine unbändige Willenskraft versetzten unsere Klassenfeinde, die Bourgeoisie und ihre „sozialistischen“ Speichellecker, des öfteren in Furcht und Bangen. Die Nachricht, daß in Rußland aus dem gigantischen sozialen Wirbelsturm die Sowjetmacht entstanden sei, daß Lenin der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare sei, ließ die Herzen der revolutionären Arbeiter aller Länder höher schlagen und versetzte die imperialistische Bourgeoisie in Staunen und Schrecken. Die andere Nachricht, die vom 21. Januar 1924, daß Lenin nicht mehr sei, daß zu Staub geworden ist das kostbare Gehirn, diese wundervolle Dynamo, die Millionen von Menschen mit Kampfergie gespeist hat, — diese Nachricht erfüllte alle Werktätigen, alle Ausgebeuteten und Ausgestoßenen, alle Parias der imperialistischen Welt mit tiefer Trauer. Aber Lenins Werk ist unsterblich. Der Name Lenin bleibt unverändert das Banner unzähliger Menschenmassen, die die Ketten des Imperialismus zerreißen, denen der Sieg und die Eroberung der ganzen Welt beschieden sind.

Lenin hat nicht allein das Verdienst, den wirklichen, revolutionären Marx, nicht den vom Opportunismus als „süßlichen Louis Blanc“ zurechtgestutzten Marx, dem Proletariat erhalten zu haben; er hinterließ ihm auch eine ganze eigene Lehre, einen Schatz an Richtlinien für eine ganze Epoche. Lenins aus der unvergleichlichen Kraft der marxistischen Analyse gewonnenen Schlußfolgerungen und Voraussagen hinsichtlich der allgemeinen und konkreten Entwicklungswege der heutigen Gesellschaft tragen in bedeutendem Maße bereits heute den Charakter in Erfüllung gegangener oder in Erfüllung gehender Weissagungen.

Durch die neueste Entwicklung nicht nur nicht widerlegt, sondern ganz und gar bestätigt, ist die These Lenins von der **N i e d e r g a n g s e p o c h e** des **K a p i t a l i s m u s**. Der Kapitalismus kämpft noch um seinen geschichtlichen „Platz an der Sonne“, aber seine Entwicklungskräfte werden bereits in immer größerem Maße von den Zersetzungskräften unterdrückt. Einzelne „Siege“, eine teilweise Stabilisierung, Erfolge an einzelnen Abschnitten der Front werden von wachsender Fäulnis, beschleunigtem Niedergang an den anderen Abschnitten begleitet. Im allgemeinen jedoch wird die internationale imperialistische Front bald da, bald dort immer öfter von den Kräften der Weltrevolution durchbrochen. Die Sozialdemokratie hat in letzter Zeit geflissentlich die „gewichtige“ Art angenommen, zu behaupten, die „Weltrevolution“ sei ein unverwirklichter kommunistischer Traum geblieben. In dieser Behauptung sind sich die unverhohlenen

Kommis des Imperialismus à la Scheidemann wie die mit ihrer „Linksrichtung“ prunkenden, aufgeblasenen Kapaune von austromarxistischem Schlag völlig einig. Es ist verständlich, daß diese Leute die Weltrevolution „wegräsonnieren“ möchten. Eben deshalb geben sie sich damit ab, ihr selbstgefertigtes opportunistisches Zerrbild der Weltrevolution lächerlich zu machen, indem sie sie als gleichzeitige und einmalige Handlung statt als historischen, in den einzelnen Ländern ungleichmäßig verlaufenden Prozeß darstellen. Sowohl Marx als auch Engels sowie insbesondere Lenin betonten des öfteren den Gedanken, daß der Verlauf der Weltrevolution (die schwere Geburt der kommunistischen Gesellschaft) sich verzögert und sich unvermeidlich über Jahrzehnte hin verzögern müsse. Dieser Prozeß vollzieht sich vor unseren Augen. Die Tatsache der immer mehr sich befestigenden Existenz der Sowjetunion, die Tatsache des sich entfaltenden, immer stabiler werdenden sozialistischen Aufbaues angesichts des s c h w a n k e n d e n Kapitalismus ist ein Anzeichen der Weltrevolution. Die Tatsache der wirtschaftlichen „Götterdämmerung“ in England, die Tatsache der dort vor sich gehenden ungeheuren, unerhörten Zusammenstöße zwischen Arbeit und Kapital ist ein Anzeichen der Weltrevolution. Die Tatsache der B e f e s t i g u n g der Kommunistischen Internationale, des Generalstabs der Weltrevolution, die Tatsache der wachsenden wütenden Hetze gegen die Komintern seitens der Bourgeoisie ist auch ein Anzeichen dafür, daß die internationale Revolution lebt. (Weshalb wütet denn die Bourgeoisie, wenn die Weltrevolution, wie Bauer meint, nur ein Traum vom Jenseits ist?) Die Tatsache der ungeheuer sich entfaltenden chinesischen Revolution, die zur O f f e n s i v e gegen den Kapitalismus übergegangen ist, bedeutet bereits kein unheil drohendes Gespenst der Weltrevolution mehr, sondern die lebendige Weltrevolution selber, die über unsere Erdkugel dahinzieht! Wenn doch nur der große Organisator der Massen und Führer der Weltrevolution Lenin den Wolchowstroj, den Bergarbeiterstreik, den Kampf des revolutionären China miterlebt hätte! Könnte er sich doch nur gemeinsam mit uns davon überzeugen, daß die von ihm vorausgesagte Erhebung der Kolonialsklaven gegen den Imperialismus bereits ihren A n f a n g genommen hat.

Lenin ist nicht mehr, aber der Leninismus triumphiert und dringt immer weiter und tiefer in die Massen der Werktätigen ein. Es wächst unter den wehenden Kriegsbannern der Komintern die revolutionäre Aktion der Massen. Die „Lokomotive der Geschichte“ läuft unter Volldampf. Die unübersehbaren Schlachtreihen der Leninisten vermehren sich unaufhörlich.

Mögen die herrschenden Klassen des Kapitalismus zittern. Mag die Sozialdemokratie sich noch mehr anstrengen, um den „Herren“ ihre widerwärtigen Dienste zu leisten. Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen. Die Hand des Schicksals hat das „Menetekel“ an die Wand geschrieben. Die Weltrevolution naht. Die Kommunistische Internationale wird Lenins Lehre verwirklichen.

ERCOLI:
DAS FASCHISTISCHE ITALIEN ALS
KRIEGSHERD

Man kann vielleicht von einem rein theoretischen Gesichtspunkt aus darüber diskutieren, ob heute in Italien wirklich schon alle Bedingungen vorhanden sind, die die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in der Periode des Imperialismus kennzeichnen und bestimmen. Auf den ersten Blick scheint es, daß einige dieser Bedingungen noch nicht vorhanden sind, und gewiß sind sie es noch nicht in der typischen und verschärften Form, die anderen Ländern eigentümlich ist. Ist z. B. heute das faschistische Italien ein Kapital ausführendes Land? Dies darf bezweifelt werden. Die Kapitalien, die aus Italien exportiert werden, vor allem nach den Balkanländern, stellen keine bedeutende Menge dar, weder relativ noch absolut. So kann also Italien nicht unter die „kolonialen“ Großmächte eingereiht werden, d. h. unter die Staaten, die in erster Linie am Wettrennen um die Ausbeutung der Kolonialmärkte teilnehmen. Und die Eroberung der Absatzmärkte endlich für die Produkte der italienischen Industrie ist erst im Stadium einer Tendenz vorhanden, einer Aspiration und eines Kampfes, der in Wirklichkeit noch nicht in großem Ausmaße durchgeführt wird. Man könnte in gewissem Sinne sagen, daß die Faktoren, die in der „imperialistischen“ Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft Italiens noch fehlen, gerade die sind, die die „Stärke“ der imperialistischen Länder im allgemeinen ausmachen. Aber dies würde nichts anderes heißen, als daß der italienische Imperialismus seine spezifischen Kennzeichen hat, die ihn von anderen unterscheiden. Wenn man von „imperialistischer“ Entwicklung der Wirtschaft eines Landes spricht, so will man damit im allgemeinen nicht sagen, daß diese Wirtschaft sich „verstärkt“; man will damit nur sagen, daß in dieser Wirtschaft sich Widersprüche ganz bestimmter Art entwickeln und vertiefen. In diesem Sinne und gerade im Hinblick auf Italien hat schon vor dem Weltkrieg der Genosse Lenin von einem Imperialismus in „Lumpen“ gesprochen.

Italien führt in keinem bedeutenden Maße Kapitalien aus. Es ist aber ein Land, das jedes Jahr einen gewaltigen Bevölkerungsüberschuß erzeugt, ein Land, das jedes Jahr sich die Möglichkeit verschaffen muß, einer gewaltigen Zahl hungriger Mäuler Brot zu geben, und es muß jedes Jahr einer gewaltigen Zahl neuer Arbeitskräfte Arbeit verschaffen. Und natürlich will der italienische Kapitalismus diese Arbeitskräfte nicht verlieren, sondern er möchte sie auf dem inneren Arbeitsmarkte zurückhalten, als eine industrielle Reservearmee, um die Löhne niedrig zu halten, oder sie wenigstens auf einem Arbeitsmarkt im Auslande so verwenden, daß der von diesen Arbeitskräften erzeugte Profit für das italienische Kapital nicht verloren geht. Die erste Lösung ist gefährlich, weil sie eine zunehmende Verschärfung des wirtschaftlichen und politischen Drucks auf die Arbeiterklasse erfordert, bei

der Durchführung der zweiten Lösung stößt aber das kapitalistische Italien gegen Schranken, die mit friedlichen Mitteln nicht zu übersteigen sind. Heute gibt es in der Welt keinen Arbeitsmarkt, den das kapitalistische Italien okkupieren könnte, um dorthin die überschüssige italienische Arbeitskraft zu leiten, um sie für den eigenen Profit arbeiten zu lassen. Sogar die Arbeitsmärkte, wo bis heute die emigrierenden italienischen Arbeiter von den Kapitalisten anderer Länder ausgebeutet wurden, beginnen sich jetzt zu schließen. Frankreich wird aus seinen Betrieben Hunderttausende von italienischen Arbeitern hinausjagen, um seine eigene Krise zu überwinden. Andere Länder, wohin bisher die Auswanderung möglich war, sind schon verschlossen. Dem italienischen Kapitalismus bleibt kein anderer Weg als der, auf Eroberungen auszugehen, auf die bewaffnete Eroberung solcher Länder, wo die italienische Arbeitskraft vom italienischen Kapitalismus verwendet und ausgebeutet werden kann.

Italien hat keine Kolonien. Es hat sich als kapitalistische Großmacht zu spät entwickelt, als die Verteilung der Kolonialmärkte schon stattgefunden hatte. Seine Beteiligung am Weltkriege, obwohl für das Land von fürchterlichen Folgen, wurde von den großen imperialistischen Staaten nur als etwas Nebensächliches betrachtet, und sie vermochte nicht, auch Italien einen Anteil an der Beute zu sichern, als der Raub der deutschen Kolonien verteilt wurde. Das siegreiche Wiedererwachen des türkischen Nationalismus beraubte Italien der Möglichkeit, seine noch nicht befriedigten Ansprüche auf Kleinasien zur Geltung zu bringen. Das italienische Kolonialland in Afrika wird heute in der Wirtschaftsbilanz des Landes als ein Passiv- und nicht als ein Aktivposten geführt. Aber gerade aus diesem Grunde erhalten die italienischen Aspirationen nach einem Kolonialbesitz heute einen unmittelbar drohenden Charakter. Italien kann sich in gar keiner Richtung auf die Eroberung von Kolonien begeben, ohne gegen ein System wirtschaftlicher, territorialer und politischer Beziehungen zu stoßen, die ein Netz von Interessen bedecken, die das Machtgebiet der imperialistischen Großmächte Europas ausmachen. Italien hat also vor sich keine andere Perspektive, als zu versuchen, durch irgendein Manöver dieses Netz zu zerreißen. Darum ist Italien heute sozusagen an allen Gegensätzen und Konflikten internationalen Charakters aktiv beteiligt, darum verfolgt seine Außenpolitik nicht eine einheitliche Linie, sondern eine Reihe von Richtlinien, die alle, nur auf verschiedenen Wegen, dahinzielen, die bestehenden Konfliktmomente im kapitalistischen Europa auszunützen, dieselben gegeneinander auszuspielen, sie zu verschärfen, um damit eine günstige Gelegenheit zu schaffen für eine Verwirklichung der Aspirationen des italienischen Kapitalismus. In diesem Sinne müssen die verschiedenen Freundschaftsverträge ausgelegt werden, die die italienische Regierung jetzt mit einer Reihe von Staaten gerade abgeschlossen hat, in diesem Sinne haben die verschiedenen Stützpunkte, die der italienische Imperialismus sich in Europa geschaffen hat, eine Bedeutung, in diesem Sinn hat Italiens Balkanpolitik ihre Bedeutung, denn auf dem Balkan sind die Gegensätze zwischen den verschiedenen Ländern schärfer, dort prallen die Interessen der verschiedenen imperialistischen Gruppen lebhafter aufeinander, und dort würde ein Krieg, der ausbräche, Italien die Wege nach den Märkten eröffnen, nach denen es trachtet. Die traditionelle Politik der regierenden Dynastie Italiens, der es in den ver-

gangenen Jahrhunderten gelungen ist, indem sie zwischen den europäischen Großstaaten manövierte (Frankreich, Spanien, das deutsche Reich, Oesterreich usw.) und sie bisweilen zu Kriegen provozierte, ein Königreich zu erobern, ist jetzt zur Politik eines Kapitalismus geworden, der nach Profiten und Beute gierig ist.

Italien ist heute noch kein Land mit einer großen Exportindustrie. Das ist richtig. Aber gerade darin liegt der Knoten des Problems. Wenn man die wirtschaftliche Entwicklung Italiens seit dem Kriege bis heute untersucht, und sie mit der Entwicklung der anderen kapitalistischen Länder vergleicht, so sieht man, daß dem „Tempo“ nach Italien mit seiner Entwicklung in erster Reihe steht und andere Länder weit hinter sich zurückläßt, obwohl diese absolut vielleicht wirtschaftlich gefestigter dastehen. Dies will besagen, daß zwischen Italien und diesen anderen Ländern eine dieser „Gleichgewichtsstörungen“ sich herausgebildet hat, die für die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft Gesetz sind, und aus denen die großen Krisen hervorgehen. Die Produktionsbasis hat sich in Italien ganz gewaltig und in unvorhergesehener Weise verbreitert. Aber auf diese Ausdehnung, die ihren höchsten Punkt erreichte nach der Machtergreifung durch den Faschismus und infolge der Politik, die der Faschismus zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und zur Wiederherstellung der Freiheit und des Selbstvertrauens des Kapitals durchführte, auf diese Ausdehnung der Produktionsbasis folgte fast unmittelbar eine Einschränkung des Absatzmarktes. So entstand ein Widerspruch, in dem sich der italienische Kapitalismus heute befindet, ohne einen Ausweg zu finden, und dessen unmittelbare Folge der Beginn einer tiefen Krise ist. Es werden alle Anstrengungen gemacht, um auf Märkten Boden zu fassen, die noch Absatzmöglichkeiten bieten (Balkan, Naher Osten, Aegypten usw.); ebenso strebt man nach anderen Märkten (Ferner Osten, China), die durch ausnahmsweise Umstände heute für italienische Waren erschlossen werden können. Das endgültige Resultat in seiner Gesamtheit ist jedoch nur, daß die italienische Wirtschaft „gezwungen ist“, sich auf den Innenmarkt einzustellen. Aber der Innenmarkt ist arm, eingeschränkt, ausgeblutet, und die Einstellung auf den Innenmarkt bedeutet letzten Endes nur eine Orientierung auf den Krieg. Was will für ein Land, das arm an Rohstoffen ist, die Durchführung eines Programm der Einfuhr-einschränkungen bedeuten? Was bedeuten die gewaltigen Anstrengungen zur künstlichen Hochzüchtung einer parasitären Schwerindustrie? Was heißt das, wenn zum Nachteil ertragreicher Kulturen der Getreidebau mit einer großen Kampagne propagiert wird? Was heißt es, wenn Italien eine eigene Wirtschaftspolitik nach dem Grundsatz „Fare da sé“ (selbständig) durchführen will, wenn es sich wirtschaftlich von anderen Ländern unabhängig machen will? Was will das alles anderes heißen, als mit der Perspektive des Krieges arbeiten? Welchen Ausweg gibt es aus dieser Situation, die durch die grundsätzlichen Richtlinien der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft Italiens geschaffen wird, welchen anderen Ausweg kann es geben als den Krieg?

Wenn die klassische Form einer imperialistischen Entwicklung heute in Italien noch nicht in allen ihren Teilen in Erscheinung treten kann, so tritt dafür Italien umso schärfer in der Form eines kapitalistischen Landes auf, das bestrebt ist, mit allen Kräften, und zwar durch einen Krieg, eine Lösung

seiner inneren Widersprüche herbeizuführen. Und nicht nur der wirtschaftlichen Widersprüche. Auf dem Gebiet der politischen Widersprüche ist das grundlegende Problem, von dem alle anderen Widersprüche bedingt sind, das Problem des Faschismus selber, seines sozialen Ursprungs, seiner Politik, seiner Perspektiven. Die Machtergreifung durch den Faschismus wurde, wie wir schon gesagt haben, zur unmittelbaren Ursache der spezifischen Form der Entwicklung, die die kapitalistische Wirtschaft in Italien nach dem Kriege durchmachte. Die Politik der faschistischen Regierung ist in ihrer Hauptlinie darauf gerichtet, die Interessen der obersten Schichten der kapitalistischen Gesellschaft zu befriedigen: der Großindustriellen, der Großgrundbesitzer und der Bankiers. Die Konzentration des Finanzkapitals und dessen Vormachtstellung bei der Leitung des wirtschaftlichen Lebens des Landes wurden von der faschistischen Regierung bewußt begünstigt. Die Resultate des seit fünf Jahren währenden blutigen Kampfes gegen die Arbeiterklasse und gegen die Bauern, um dieselben zur Regungslosigkeit und zur Sklaverei zu verdammen, gereichten nur dieser beschränkten Schicht der führenden Oligarchie zum Nutzen. Aber war dies die soziale Grundlage, auf der der Faschismus entstanden ist? Nein. Er ist hervorgegangen aus einer Massenbewegung, in der die Elemente der Kleinbourgeoisie, der mittleren Bourgeoisie, deklassierte und auch demoralisierte und verzweifelte proletarische Elemente eine Einigung gefunden hatten in einer instinktiven Ideologie des „Kampfes und der Eroberung“. Eroberung wovon? Der Reichtümer und der Macht im Innern, dieser vor allem, nachdem man die Arbeiterklasse geschlagen und die alten führenden Klassen der Macht beraubt hatte, und dann vorwärts, auf den Wegen des Nationalismus, des Imperialismus, im Kampfe gegen die ganze Welt! Der erste Teil des Programms ist gescheitert, kläglich gescheitert an der Unerbittlichkeit der historischen Gesetze der kapitalistischen Gesellschaft, die im Zeitalter des Imperialismus die Möglichkeit einer Zwischenlösung zwischen der Diktatur des Proletariats und der Diktatur der Großbourgeoisie ausschließen — gescheitert an der Unfähigkeit der Kleinbourgeoisie, selber selbständig und unabhängig die Führung in einem kapitalistischen Staate zu übernehmen. Die Männer der ehemaligen führenden Klassen sind verschwunden. Die Offensive der Arbeiterklasse wurde zwar mit der bewaffneten Macht und dem Terror zurückgeschlagen, aber heute regieren nicht die Kleinbürger, die das Rückgrat der faschistischen Bewegung bildeten, — heute regieren die Mächtigen der Großindustrie und der Finanz. Der Faschismus muß sich dazu bescheiden, in ihren Händen ein Instrument zur Unterdrückung der breiten Volksmassen, der Arbeiterschaft, der Bauern und der Kleinbourgeoisie zu werden. Wird dieses Instrument nicht zerbrechen? Damit es nicht zerbricht, d. h. um in den Reihen des Faschismus die Einigkeit und Eintracht zu wahren, die notwendig sind als zweite grundsätzliche Voraussetzung der faschistischen Ideologie, muß der Krieg und die Eroberungstendenz in den Vordergrund treten; darum erhält der Krieg für die ganze Aktivität des Faschismus eine entscheidende Wichtigkeit, die ihm Relief verleiht. Es ist notwendig, daß die ganze Aktivität des italienischen Faschismus sich auf den Krieg einstellt.

Dies war vorauszusehen, und seit dem „Marsch auf Rom“ war es so gut wie sicher. Jedes Regime trägt in sich sein eigenes Gesetz, das es unerbitt-

lich seinem Schicksal entgentreibt. Am Tage nach der Eroberung der Macht durch den Faschismus vermochte jeder abgesetzte Beamte, jeder nach Geld und Macht hungrige Kleinbürger, jedes „Schwarzhemd“ leichte Triumphe zu feiern, wenn er unverteidigte Arbeitskammern niederbrannte, Arbeiter, denen die Karabinieri die Waffen abgenommen hatten, und Bauern, denen die Reformisten Feigheit gepredigt hatten, niedermetzelte; jeder Häuptling einer Faschistenbande sah sich schon in der glänzenden Rolle eines Marschalls Napoleon. Die Verkündung des napoleonischen Jahres ist heute der Mythos, mit dem der Faschismus seine Scharen zusammenhält, mobilisiert und anspricht.

Von welcher Seite wird der Krieg kommen? Das ganze kapitalistische Europa ist heute ein ungeheures Feldlager. Der fundamentale Gegensatz zwischen den Ländern, in denen die Zersetzung des Kapitalismus unerbittlich vor sich geht, und dem Land, das ruhig und sicher vorwärts schreitet, das am Aufbau des Sozialismus arbeitet, wird heute immer tiefer. Zwischen den kapitalistischen Ländern mehren und verschärfen sich die Widersprüche und Konflikte. Jeder Staat ist das Zentrum eines Knäuels von Intrigen und Kämpfen, von denen jeder einzelne die schärfste Gestalt annehmen „kann“. Aber vom italienischen Faschismus ist es ausgemacht, daß er ohne die Perspektive eines Krieges nicht weiter bestehen kann. Der „Imperialismus in Lumpen“ Italiens, der sich heute in ein „Schwarzhemd“ kleidet, ist zu einem der Faktoren geworden, die am aktivsten das kapitalistische Europa einem Krieg entgentreiben.

R. MINOR :

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DER VEREINIGTEN STAATEN AN DER GEWERK- SCHAFTSFRONT

Amerika ist nicht Europa. Hier, wo der kapitalistische Imperialismus noch im Aufstieg begriffen ist, sind wir noch nicht in der Periode der Generalstreiks. Es ist nicht die Periode (für Amerika), in der Millionen organisierter Arbeiter sich in rapidem Tempo nach links entwickeln, mit Dutzenden und Hunderten von dickbäuchigen Bürokraten, die hinter den nach links rückenden Millionen aufgeregt herlaufen und schreien: „Wir sind auch Revolutionäre!“ Erstens sind vier Fünftel der Arbeiter in den Vereinigten Staaten noch nicht gewerkschaftlich organisiert und die politische Loslösung der Arbeiterklasse von den politischen Parteien der Kapitalisten hat sich noch nicht vollzogen. Zweitens entwickelt sich der organisierte Teil der Arbeiterklasse im allgemeinen augenblicklich nicht nach links, sondern nach rechts. Vor allem die offizielle Gewerkschaftsbürokratie aber ist weit nach rechts gerückt — so weit nach rechts, daß sie neue Wege der Rechtsentwicklung eingeschlagen hat, Wege, deren Kennzeichen die „Labor-Banken“ sind, die von dicken, gutgekleideten Gewerkschaftsbeamten kontrolliert werden, von denen manche Gehälter von 25 000 Dollar jährlich beziehen, sich Labor-Geschäftsleute nennen und es

für unanständig halten, in den luxuriösen Räumen dieser Banken das Wort „Gewerkschaft“ auszusprechen. In der gegenwärtigen Periode des üppigen Wachstums der amerikanischen finanzkapitalistischen Prosperität hat man die erstaunlichsten Fortschritte in der Zusammenarbeit der Klassen ausgedacht. Die meisten der mittleren Schichten der Bürokratie kämpfen in fieberhafter Konkurrenz um die Gunst der gemeinsamen Ausschüsse von Wall-Street und der Verwalter des Erbes des verstorbenen Samuel Gompers, die „American Federation of Labor“ genannt wird. Alles in allem ist die offizielle Einstellung der „American Federation of Labor“ (und zu ihr können auch die verschiedenen nicht angeschlossenen Gewerkschaften der gelernten Berufe gerechnet werden) heute reaktionärer als jemals in ihrer Geschichte, und sie entwickelt sich rapide immer mehr nach rechts. In ihrer offiziellen Haltung ist die AF of L die eifrigste Unterstützerin des Imperialismus der Vereinigten Staaten, dessen „Kulturträger“ sie auch in ganz Latein-Amerika, Kanada und dem Orient ist.

Man darf jedoch nicht meinen, daß das gegenwärtige Crescendo des amerikanischen Imperialismus eine allgemeine und gleichmäßige Steigerung der ganzen Linie der amerikanischen Industrie mit sich gebracht hat. Im Gegenteil, während die amerikanische Bourgeoisie im allgemeinen ebenso wie die englische Bourgeoisie vor einigen Jahren mit der dummen Analogie des „römischen Weltreichs“ spielt, dem alle Welt Tribut zahlen muß — befinden sich in Wirklichkeit gewisse Zweige der amerikanischen Wirtschaft in einer Krise. Die chronische Landwirtschaftskrise, für die Coolidge die Lösung der Expropriierung der kleinen Farmer durch die Bankiers bietet, ist hier nicht Gegenstand unserer Untersuchung. Wir wollen uns zuerst der Krise im Kohlenbergbau zuwenden. Diese ist natürlich keine amerikanische, sondern eine Weltkrise. Ebenso wie sie das niedergehende England zum Generalstreik trieb, treibt sie den aufsteigenden amerikanischen Imperialismus zu einem scharfen Angriff auf die größten aller amerikanischen Gewerkschaften, den Bergarbeiterverband. Wir wollen uns weiter der Textilindustrie und ihren verschiedenen Zweigen zuwenden, die von den verschiedenen Widersprüchen dieser Periode stark in Mitleidenschaft gezogen ist. Dies hat zu heftigen Ausbrüchen des Konflikts mit den Arbeitern in den älteren Textilbezirken geführt, die während der letzten drei Jahre durch Lohnkürzungen und intensivere Ausbeutungssysteme Schlag auf Schlag erlitten haben. Dazu müssen wir gewisse Zustände in der Bekleidungsindustrie und in anderen Nadelindustrien anführen, die ebenfalls Störungen des Klassenfriedens in den großen Städten verursacht haben, in denen diese Industrien eine Rolle spielen. Wir werden auf all das später näher eingehen.

Wo immer wir störende Einflüsse finden, werden wir feststellen können, daß die Gewerkschaftsbürokratie, eifrig beschäftigt mit Plänen der Zusammenarbeit der Klassen, mit Labor-Banken, kapitalistischen Versicherungsgesellschaften usw., sich an diesen Fleischtöpfen festklammert und sich entweder bemüht, die unzufriedenen Arbeiter zu beruhigen, oder offen die Streiks bricht oder aber das Kampffeld vollkommen im Stiche läßt, auf dem ein Kampf unvermeidlich ist, und auf diese Weise das ohnehin schon enge Kampffeld der organisierten Arbeiterschaft noch mehr einengt. (Die Mitgliederzahl der amerikanischen Federation of Labor geht zurück,

und diese vermeidet es absichtlich, die Unorganisierten zu organisieren.)

Dieser Zustand tendiert erstens dahin, in einigen Fällen den Kampf der Arbeiter außerhalb des Rahmens der bestehenden Gewerkschaften zu verlegen, und zweitens, in anderen Fällen den Kampf eindeutig zu einem Kampfe, der gleichzeitig gegen die Unternehmer und gegen die höchsten Beamten der Gewerkschaften geführt wird, zu machen. Im ersteren Falle handelt es sich um die Streiks unorganisierter Arbeiter um ökonomische Forderungen gegen die Unternehmer, die zugleich zu sehr lebhaften Demonstrationen gegen die Gewerkschaftsbürokratie mit der Forderung um Aufnahme in die Gewerkschaften werden. Im zweiten Falle (Streiks von Gewerkschaften, deren höhere Beamte versuchen, die Unternehmer bei der Niederwerfung des Streiks zu unterstützen) geht die Bürokratie immer mehr zur Politik der Massenausschlüsse der betreffenden Arbeiter über.

In beiden Fällen ist das gemeinsame Merkmal, daß die Arbeiter sowohl für das Recht der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften als auch für ökonomische Forderungen kämpfen und daß die Gewerkschaftsbürokratie und die Unternehmer sich zu einer einzigen Front sowohl gegen die ökonomischen Forderungen wie gegen die Rechte der Mitgliedschaft der aktiven Arbeiter in diesen Gewerkschaften zusammenschließen.

So versuchen die Unternehmer z. B. die gewerkschaftliche Organisation aus dem Kohlenbergbau zu verdrängen. Im allgemeinen, indem sie die Gewerkschaft direkt bekämpfen, durch Einführung arbeitsparender Maschinen, durch Ausspielen der Arbeitslosen gegen die Arbeitenden und besonders durch Schließung der Bergwerke in Gebieten mit starker gewerkschaftlicher Organisation und durch Steigerung der Produktion in den Bergwerken mit unorganisierter Arbeiterschaft. Das Resultat ist, daß die Mitgliedschaft des Bergarbeiterverbandes, die früher 600 000 betrug, bereits auf fast 300 000 zurückgegangen ist, und daß es zu einem Zustand gekommen ist, bei dem jetzt 70 Prozent der geförderten Kohle von gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitern gefördert wird, während das bisher bei nur 30 Prozent der Fall war. Aber die höhere Bürokratie der Gewerkschaft sabotiert jeden Versuch eines Kampfes und jeden Vorschlag, die gewerkschaftlich nicht organisierten Bergleute zu organisieren. Die Textilindustrie hat sich einige Jahre hindurch in einem chronischen Krisenzustand befunden. Die Unternehmer, die während der Konjunkturperiode der Kriegs- und Nachkriegszeit fabelhafte Profite einheimsten, sind seither zu einem System höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals übergegangen, zur Einführung komplizierterer Maschinen, die im Verlaufe weniger Monate in manchen Fällen die Hälfte der Arbeitskräfte überflüssig machen. Gleichzeitig haben sie die Produktion in kleinere ländliche Städte verlegt, wo neue enorme Fabriken gebaut werden, in denen alle Vorkehrungen gegen den Einfluß der Gewerkschaften getroffen sind. Und angesichts dieser Entwicklung verengert die der AF of L angeschlossene Gewerkschaft dieser Industrie hartnäckig ihre Grundlage, indem sie alle Bemühungen, die Arbeit in den älteren Bezirken zu „deflationieren“, in Gemeinschaft mit den Unternehmern zu unterstützen versucht, indem sie es ablehnt, die Unorganisierten in den neuen Gebieten zu organisieren, und systematisch darauf ausgeht, ihre Basis fast vollkommen auf die gelernten Berufe zu beschränken, obwohl sie ihrem formalen Aufbau nach

ein Industrieverband ist. Während der letzten Jahre hat fast jeder Versuch eines Kampfes in der Textilindustrie entweder zur Abwürgung des Streiks durch die Gewerkschaftsbürokratie oder zur Bildung einer neuen Gewerkschaft geführt, so daß jetzt 16 Verbände von Textilarbeitern vorhanden sind.

In den größten Städten haben die „Nadelgewerbe“ — Bekleidungs- und ähnliche Industrien — störende Einflüsse verschiedener Art erfahren. Vor 30 Jahren war das Nadelgewerbe in den großen Städten, besonders in New York, das Gebiet der furchtbarsten, geradezu viehischen Ausbeutung ganzer Familien von Einwanderern, Männern, Frauen und kleinen Kindern. Diese Bedingungen erzwangen einen Kampf von solcher Intensität, daß dadurch in diesen Industrien in der Tat die erste bewußte revolutionäre Tradition entstand. Durch diesen Kampf entstand die Sozialistische Partei in den Jahren vor dem Kriege. Gleichzeitig wurde dadurch die Lage der Arbeiter sehr rasch verbessert, es wurde in der Frauenbekleidungsindustrie die klassische Gewerkschaft, die International Ladies Garment Workers Union geschaffen, die zur Grundlage der Sozialistischen Partei wurde, obwohl diese Gewerkschaft Mitglied der AF of L ist, die sogar die Phraseologie des Sozialismus weit von sich weist. Die Bekleidungsindustrien in Amerika haben die höchst entwickelte maschinelle Einrichtung dieses Gewerbes in der ganzen Welt. Während der letzten zwei Jahre versuchten die Frauenkleiderfabrikanten Verbesserungen auf Kosten der Arbeiter einzuführen. Durch Perioden mit kritischer Marktlage, in denen die Unternehmer versuchten, die Last auf die Arbeiter abzuwälzen, wurden die außergewöhnlich klassenbewußten Arbeiter veranlaßt, Konzessionen zu verlangen, um einen Schutz gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die Durchbrechung der gewerkschaftlichen Abmachungen zu erreichen. Aber gerade in dieser Periode entwickelte sich die Gewerkschaft rapide nach rechts, konsolidierte sich mit der Gompers-Bürokratie des AF of L im allgemeinen und versuchte bei jeder Wendung der Dinge einen Kampf zu verhindern. So kommt es, daß die Kampftendenzen der Gewerkschaften der Nadelgewerbe in den letzten vier oder fünf Jahren immer stärkeren Widerstand bei der Bürokratie gefunden haben und von ihr umgangen oder sabotiert wurden. Die Sozialistische Partei, die seit langem ihre beste proletarische Grundlage verloren hat und deren Führer in den großen Städten mehr oder weniger identisch waren mit der Bürokratie der Gewerkschaften der Nadelgewerbe, begann sich nun auch mit der Bürokratie der AF of L zu solidarisieren.

Die gegenwärtige Lage der Arbeiterbewegung in Amerika birgt daher — obwohl die Tendenz im allgemeinen in der Richtung der Zusammenarbeit der Klassen geht — scharfe Gegensätze in sich. Die allgemeine Tatsache der Aufwärtsentwicklung der amerikanischen kapitalistischen Wirtschaft hat fast überall die Wirkung einer fieberhaften Stimulierung der Arbeiteraristokratie. Die Tatsache, daß die bestehenden Gewerkschaften nur ungefähr ein Fünftel oder ein Sechstel der Arbeiterschaft erfassen und daß die ausschlaggebenden Gewerkschaften (mit einer Ausnahme) die der gelernten Berufe der Arbeiteraristokratie sind, macht die Gewerkschaftsbewegung zu einem Treibhaus für die Heranzüchtung von höchst phantastischen Plänen zur Zusammenarbeit der Klassen und der unglaublichsten reaktionären Politik, wie sie bisher in der ganzen Geschichte der Arbeiter-

bewegung der Welt unbekannt war. Aber gleichzeitig schafft gerade dieser Zustand — zusammen mit der Krise in einzelnen Industrien — genau die entgegengesetzte Lage in diesen besonderen Gebieten. Die Bemühungen der Unternehmer, die Last auf die Arbeiter abzuwälzen, treiben bestimmte Gruppen der Arbeiter in den Kampf. Dies sind oft die ungelerten und halb gelerten Arbeiter und meistens die unorganisierten.

Aber jede Frage des Kampfes rollt auch die Frage der Führerschaft auf. Sobald ein Kampf beginnt, öffnet sich sofort eine Kluft zwischen den breiten Massen der Arbeiter und der Gewerkschaftsbürokratie, die sich in Bankdirektoren, in Schiedsgerichtsmitglieder und sogar in offene Streikbrecheranwerber verwandelt haben. Sobald die Notwendigkeit des Kampfes die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung beseitigt, entgleitet der Kampf den Händen der Gewerkschaftsbürokratie, wie wir es gegenwärtig in den Vereinigten Staaten überall feststellen können. Dies ist eine Zeit, in der die Streiks nicht geführt werden — oder sie werden von neuen Führelementen geführt, die in Opposition gegen die Bürokratie aus der Arbeiterschaft selbst erstehen. Es ist bemerkenswert, daß während der letzten eineinhalb Jahre fast jeder Kampf in der Arbeiterbewegung die Frage einer neuen Führerschaft aufgerollt hat.

Von wo kommen die neuen Führelemente? Es ist anscheinend eine Zeit, die gewisse Möglichkeiten für den Aufbau eines linken Flügels der Gewerkschaftsbewegung bietet. Es steht außer Zweifel, daß die Trade Union Educational League, die die aktiven Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung sammelt, hier die Gelegenheit hat, eine feste Organisation der Arbeiter zusammenzuschmieden, die kampfeswillig und klassenbewußt sind. Die Lage ist sicher nicht dieselbe, als wenn die ganze Arbeiterbewegung und Arbeiterklasse sich nach links entwickeln, sich radikalieren würde. Aber die Gelegenheit für den Aufbau eines breiten linken Flügels in den Gewerkschaften besteht dennoch.

Welches ist die Politik der Kommunistischen Arbeiterpartei Amerikas in dieser Lage? Ihre Politik besteht darin, solche Bewegungen zu bewußten Bewegungen zu machen; mit ihnen mitzugehen; mit ihnen in Kämpfe einzutreten und ihnen eine Führung zu geben.

Gerade in dieser Periode hat die Kommunistische Arbeiterpartei seit ihrem Bestehen die größten Fortschritte gemacht in der Durchdringung der Gewerkschaften, in der Entwicklung von Gewerkschaftsfraktionen der Partei, in der Schaffung eines linken Flügels, in der tatsächlichen Eroberung der Führung der Gewerkschaften, in der Organisierung der Unorganisierten und in der offenen Führung der Gewerkschaften in scharfen Kämpfen an der Streikfront. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, wenngleich nicht schwer zu verstehen, daß während der letzten anderthalb Jahre, während der die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen sich zur Reaktion hin entwickelt hat wie niemals zuvor, die Kommunistische Partei zum erstenmal seit ihrem Bestehen die offen anerkannte führende Kraft in den Streiks von wirklichem Massencharakter geworden ist. Die Kommunistische Partei ist jetzt wie niemals zuvor zu einer gewaltigen Kraft in den Gewerkschaften der American Federation of Labor geworden.

Es ist natürlich kein Zufall, daß das Gebiet, in dem die Kommunistische Partei zuerst ein anerkannter Faktor geworden ist, jenen Gruppen der

Industrie angehört, in denen die allgemeine kapitalistische Konjunktur durch Schwankungen gestört oder wo die Prosperität zumindest unregelmäßig ist — den drei Industrien, die wir bereits oben als Beispiele angeführt haben.

Der erste Streik, der die friedlichen Gemüter der Bourgeoisie erschreckte, war der Streik der Textilarbeiter in Passaic, New Jersey. Dort streikten 16 000 Textilarbeiter, die bisher vollkommen unorganisiert gewesen waren, und, unter der Führung der wohlbekannten Kommunisten stehend, die Zulassung zur AF of L nicht erhalten hatten.

16 000 Textilarbeiter in Passaic, New Jersey, und in verschiedenen benachbarten Städten, die bisher vollkommen unorganisiert gewesen waren, und deren Bemühungen, sich zu organisieren von der Textilarbeitergewerkschaft der AF of L ignoriert und behindert worden waren, traten nun plötzlich unter offener Führung der Kommunisten in den Streik. Fast ein Jahr lang hat dieser Streik in bester Kampfesstimmung gedauert, unter Methoden, die die Phantasie der Arbeiter des ganzen Landes erregten. Trotz des Einsetzens bewaffneter Kräfte, von Tanks, Giftgasen, berittener Polizei, trotz Massenverhaftungen, Prügel und Gewehrfeuer, hielten sich die Streikposten, und die Fabriken blieben geschlossen. Gleichzeitig mit dem Streik erhoben die Arbeiter öffentlich die Forderung auf Zulassung zur AF of L als Ortsgruppe des Textilarbeiterverbandes. Die Bürokratie des AF of L versuchte von Anfang an, den Streik durch jedes Mittel zu verhindern. Während der Streik im Gange war, verweigerte die Gewerkschaft den Streikenden nicht nur die Aufnahme, sondern nahm auch offen die gutbezahlten Annoncen der Fabrikbesitzer für ihr Gewerkschaftsblatt an. Die Streikenden wurden von der AF of L-Bürokratie in der heftigsten Weise öffentlich angegriffen. Die Streikenden erwiderten mit einer geschickt geführten öffentlichen Kampagne, um ihre Zulassung in die Gewerkschaft zu erzwingen, und schließlich wurde eine halbe Million Dollars, hauptsächlich von den der AF of L angeschlossenen Gewerkschaften, zur Unterstützung des Streiks gespendet. Nachdem der Kampf bereits viele Monate gedauert hatte, kleideten die Unternehmer ihre Propaganda in die Form der Behauptung, daß sie nichts dagegen hätten, Abmachungen mit den Arbeitern zu treffen, vorausgesetzt, daß sie es mit einer regelrechten, der AF of L angeschlossenen Gewerkschaft zu tun hätten.

Schließlich wurde der Streik durch die Aufnahme der Streikenden in die Gewerkschaft der AF of L, die Anerkennung der Gewerkschaft und die Einstellung der Arbeiter mit einigen Zugeständnissen beendet. Als Zugeständnis an die AF of L-Bürokratie mußte Genosse Weisbord zurücktreten, da diese erklärt hatte, daß sie die Arbeiter nur unter dieser Bedingung in die Gewerkschaft aufnehmen würde; dieser Rücktritt geschah aber in Verbindung mit einer Demonstration, bei der 12 000 Textil-Streiker Weisbords Führung und der Führung der Partei dankten. Das Ganze war eine Niederlage der AF of L-Bürokratie. Die Führung der neuen Ortsgruppe der Gewerkschaft der AF of L ist, trotz Weisbords Rücktritt, nicht in die Hände der Reaktion übergegangen.

Während der gleichen Zeit kam es auch in den Nadelindustrien in New York zu einem Kampfe. Die Kürschnergruppe von New York war unter die Führung der Kommunisten geraten, da die Bürokraten sich den Forderungen der breiten Massen entgegenstellten, und es kam dort jetzt zu einem Streik

unter kommunistischer Führung. Von der Internationalen Gewerkschaft wurden alle Anstrengungen gemacht, um den Streik niederzuschlagen: sie mietete Raufbolde, die die Streikenden mit tödlich wirkenden Prügelwaffen angriffen, sie appellierte bei den höheren Gewerkschaftsfunktionären gegen die lokalen Gewerkschaftsfunktionäre und gegen den Streik, Mitglieder der Sozialistischen Partei arbeiteten mit der Polizei zusammen bei der Verhaftung der Streikenden, — kurz, es war ein vollkommenes Beispiel der Lage, in der die Gewerkschaftsbürokratie gänzlich zur Trägerin des Streikbrechertums geworden ist. In einem Falle machte die internationale Bürokratie und die AF of L über die Köpfe der Funktionäre der streikenden Gewerkschaft hinweg mit den Unternehmern in einer geheimen Konferenz eine Abmachung und berief dann eine Massenversammlung der Streikenden ein, in der über die Annahme des Abkommens abgestimmt werden sollte. Sozialdemokraten und Polizeidetektive standen am Eingang des Saales, um jeden bekannten Kommunisten am Eintritt zu verhindern — jeden Funktionär der streikenden Ortsgruppe der Gewerkschaft. Und trotzdem trieben die zehntausend streikenden Kürschner, die den Saal betraten, in Ausführung der Politik ihrer kommunistischen Führer, die Bürokraten von der Rednertribüne und gestatteten die Abhaltung der Versammlung erst dann, als man den kommunistischen Streikführer, Ben Gold, als ersten Redner zuließ. Dies war nur ein Fall unter den vielen heftigen Zusammenstößen. Schließlich erzwangen die Kürschner durch Mobilisierung der breiten Mitgliedermassen der Gewerkschaften die offizielle Unterstützung des Streiks durch den AF of L. Die Streik wurde gewonnen unter Zugeständnissen, einschließlich der Festsetzung der „40-Stunden-Woche“ (eine wöchentliche Arbeitszeit von fünf Arbeitstagen zu je acht Stunden täglich), die jetzt zu einer Grundforderung in vielen Gruppen der Gewerkschaftsbewegung geworden ist.

Kurz auf diesen Kampf folgte der Ausbruch eines Streiks von 40 000 Mäntelschneidern in New York. Auch dies ist eine Gewerkschaft (International Ladies Garment Workers Union), in der, wie wir schon oben gesagt haben, der Konflikt der breiten Massen mit der Bürokratie zum Hinauswurf der Reaktionäre und zur Machtergreifung des linken Flügels geführt hatte. Dieser war bald gezwungen, einen Kampf gegen die Versuche der Unternehmer zu einem Vorstoß gegen die Arbeiter zu führen und die Offensive zu ergreifen unter Forderungen, zu denen ebenfalls die 40-Stunden-Woche gehört. Der Kampf dauert seit dem August bis heute. Man hat wieder seitens der Bürokratie des AF of L und der internationalen Gewerkschaften alle Anstrengungen gemacht, um den Streik niederzuschlagen. Die 40 000 Mäntelschneider von New York sind das Herz und der Grundpfeiler der Gewerkschaft, und daher wird diese Gruppe zum strategisch wichtigsten Punkt in der größten amerikanischen Stadt. Die ganze Stärke und Wucht der Reaktion wurde für die Zurückeroberung dieser Festung mobilisiert, und dies um so mehr, da die Ortsgruppe dieser Gewerkschaft in der zweitgrößten Stadt, in Chicago, ebenfalls in die Hände des linken Flügels gefallen ist. Am 9. Dezember trat eine Nationalkonferenz zusammen, an der die bekanntesten Reaktionäre der AF of L und verschiedene unabhängige Gewerkschaften teilnahmen, um im ganzen Lande eine Kampagne zur Zerschlagung jedes Zentrums der linken Führerschaft zu

organisieren und jeden Kommunisten und jedes Mitglied des linken Flügels aus den Gewerkschaften auszuschließen. Auf dieser Konferenz taten sich die Beamten der International Ladies Garment Workers Union besonders hervor; und nach Abhaltung der Konferenz wurde der erste Schuß durch die Aufforderung zur Abdankung an den gemeinsamen Ausschuß der Mäntelschneider von New York abgefeuert. Durch diesen Versuch sollte einerseits die Gewerkschaft zurückgewonnen und andererseits der Streik niedergeschlagen werden, während gleichzeitig die Schuld an dem verlorenen Streik dem linken Flügel aufgebürdet werden sollte. Dies erklärt sich daraus, daß das Prestige eines gewonnenen Streiks eine unwiderstehliche Waffe in den Händen des linken Flügels geworden wäre. Der Streik war bereits zum großen Teil gewonnen. Mehrere Unternehmer hatten sich bereits ergeben; um aber den dauernden Verlust der Kontrolle an eine siegreiche linke Streikführerschaft zu verhindern, trat die Bürokratie in die Bresche, setzte den gemeinsamen Ausschuß ab, mobilisierte die schwächeren Unternehmer aufs neue gegen die Arbeiter und eröffnete den Kampf noch einmal. Im Augenblick scheint die Mitgliedschaft der Gewerkschaft jedoch zu 95 Prozent für den gemeinsamen Ausschuß und gegen die Absetzung zu sein. Eine Versammlung von 15 000 Mitgliedern der Gewerkschaft, die eben im größten Saale von New York abgehalten wurde, hat fast einstimmig für den gemeinsamen Ausschuß gestimmt. So zeigt der Kampf um die Metropole des amerikanischen Kapitalismus dieselben Wesenszüge wie die anderen Kämpfe.

Die Politik der Kommunistischen Arbeiterpartei muß sich notwendigerweise in großem Maße auf die Hauptindustrien konzentrieren. In einigen Hauptindustrien haben die Bedingungen zu einer Linksentwicklung geführt. Das Beispiel des Kampfes der Bergarbeiter gegen die Unternehmer und die Gewerkschaftsbürokratie ist schon angeführt worden. Im Bergarbeiterverband von Amerika, der, wie bereits gesagt, die wichtigste amerikanische Gewerkschaft ist, hat sich jetzt der Kampf auf den ganzen Kontinent entsponnen. Es ist ein Kampf zur Rettung der Gewerkschaft vor völliger Zerstörung durch die vereinigte Bürokratie und Unternehmerschaft. Der unmittelbare Anlaß für den Kampf ist die Wahl der Funktionäre der Gewerkschaft. Die Kandidaten der Linken vertreten einen breiten oppositionellen Flügel aller derjenigen, die gewillt sind, gegen die unehrliche verräterische Bürokratie und für den Schutz und Wiederaufbau der Gewerkschaft zu kämpfen. Führt dieser Kampf zu einem Sieg für den linken Flügel, so würde das mehr als irgend etwas anderes zur Erschütterung der Grundlagen der alten, fest eingesessenen Gompers-Hierarchie beitragen, deren Führer William Green selbst Mitglied des Bergarbeiterverbandes ist. Bei Abfassung dieses Artikels liegen die Resultate dieses Konfliktes noch nicht vor. Aber jedenfalls wird dieser Kampf zumindest den Grundstein für eine neue Massenbewegung legen, die die entschiedene Majorität der Arbeiterklasse für die Sache der Arbeiterklasse gewinnen wird.

Die gegenwärtige Periode erweist sich als eine Periode, in der die Kommunistische Partei einen beträchtlichen Schritt vorwärts in der Gewinnung des Einflusses auf die Massen tun kann.

J. D. LEWIN:

ZUR FRAGE DER WANDLUNG DES ENGLISCHEN KAPITALISMUS

Im Juli 1925, als die unerhörte Krise der englischen Schwerindustrie ihren Höhepunkt erreicht hatte, legte die „Federation of British Industrie“ der Regierung ein Memorandum vor, worin sie u. a. die Frage stellte, ob Hoffnungen auf die Wiederherstellung der Ausfuhrindustrien beständen und ob ferner, falls dies nicht der Fall sein sollte, die Industrie warten solle, bis die wirtschaftliche Naturgewalt ihre Verheerungen vollbracht und nach Zerstörung der einen und Schaffung anderer Industriezweige irgend ein neues Gleichgewicht hergestellt hat, oder ob die Industrie dieser Naturgewalt zuvorzukommen und sich von selber auf den Innenmarkt umstellen solle.

Nicht ohne Nebenabsichten gab die englische Bourgeoisie ihre hier ausgesprochenen Gedanken kund. Die Bourgeoisie stellte in ihrem Memorandum unerhörte Forderungen auf — abgesehen von der Herabsetzung der „Steuerlasten“ der Bourgeoisie um 15 bis 20 Prozent verlangte sie eine Beschränkung, wenn nicht faktische Aufhebung des bestehenden Systems der Arbeiterversicherung und der sozialen Fürsorge. Um die Regierung zur Annahme dieser Forderungen zu bewegen, gerade darum stellte die Bourgeoisie die Perspektive von der Notwendigkeit der Einschränkung der Schwerindustrie und des Rückzuges des englischen Kapitalismus vom Weltmarkt auf, obwohl sie im Innersten gar nicht an die Realität solcher Perspektiven glaubte. In der Tat: als einige Monate später sich schwache Anzeichen der Milderung der Krise bemerkbar machten, schöpfte die Bourgeoisie neue Hoffnung, und der leichtbeschwingte expansible Churchill (Finanzminister) verkündete triumphierend, unter Aufzählung von „12 Gründen“ für seinen Optimismus, den Eintritt eines günstigen Umschwunges.

Im Dezember 1925 veröffentlichte das Arbeitsministerium eine interessante Statistik, welche zeigt, daß im Verlauf des Jahres vom Oktober 1924 bis Oktober 1925 die Gesamtzahl der Arbeitslosen um nur 55 178 gestiegen ist — trotzdem die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter um 116 878 zugenommen hat. Dies bedeutet nach Meinung des Arbeitsministeriums, daß die Krise des betreffenden Jahres sich nur auf den Kohlenbergbau erstreckt hat; in den anderen Industriezweigen soll die Zahl der Arbeitslosen nicht nur nicht gestiegen sein, sondern im Gegenteil, um 61 700 abgenommen haben. Zusammenfassend schreibt das Ministerium:

„Abgesehen von der Kohlenkrise zeigen die Zahlen, daß das Jahr 1924 eine allgemeine Besserung gebracht hat, die auch 1925 anhält.“

Gleichzeitig wurde eine vergleichende Statistik für 1923, 1924 und 1925 veröffentlicht über die in den einzelnen Industriezweigen beschäftigten Arbeiter. Und hier stellte sich zum erstenmal eine bemerkenswerte Erscheinung heraus: während die Zahl der in der Schwerindustrie beschäftigten Arbeiter im Vergleich zu 1923 und 1924 stark zurückgegangen ist, hat die

Zahl der in der Leichtindustrie beschäftigten Arbeiter zugenommen. Die Zahl der Handelsangestellten ist um 190 000 gestiegen, desgleichen die Zahl der Angestellten in Hotels, verschiedenen Vergnügungs- und Sportstätten um 53 000. Diese Zahlen waren von symptomatischer Bedeutung, doch war es damals noch nicht klar, ob es sich um eine zufällige Erscheinung, oder um den Beginn eines neuen Entwicklungsprozesses handelte.

Mit dem Jahre 1926 begannen sich die Anzeichen dafür zu mehren, daß es sich tatsächlich um den Entartungsprozeß einiger der wesentlichsten Gewebe des englischen Kapitalismus handelt. Professor Keynes, das empfindlichste Barometer des englischen Wirtschaftslebens, bestätigte dies in seinen Kundgebungen und in den von ihm inspirierten Artikeln der „Nation“, deren Herausgeber er ist. In Nr. 26 (vom 26. Juni v. J.) brachte diese Zeitschrift einen bedeutsamen Aufsatz unter dem Titel: „Der Hintergrund des Kohlenstreiks“, worin die Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung Englands erörtert wurden, einerseits in Verbindung mit der allgemeinen Verdrängung der Kohle durch neue Energiequellen, wie z. B. Erdöl und Wasserkraft, andererseits in Zusammenhang mit der Entwicklung der Industrie in den Ländern des Ostens und der verstärkten Konkurrenz anderer Industrieländer. Der Verfasser kommt zu folgendem Schluß:

„Wir glauben, daß wir je weiter desto mehr aufhören eine Nation zu sein, die auf einigen großen Industriezweigen fußt und Waren sowie Kapital nach dem Ausland exportiert, sondern daß wir mehr und mehr zu einer Nation werden, die ihre Beschäftigung findet in einer gewaltigen Anzahl vor unseren Augen entstehender und für den inneren Markt arbeitender verschiedenartiger Industriezweige. Ganz besonders sind wir überzeugt, daß die metallurgische Gruppe — Kohle, Eisen und Stahl — allmählich aufhören wird, eine so vorherrschende Rolle in unserem nationalen Leben zu spielen. Die Zukunft gehört nicht mehr South Wales, Tyne und Clyde.“ *

Die vom Verfasser dieses Artikels ausgesprochenen Gedanken wurden teilweise durch den Bericht des Generalfabrikinspektors, veröffentlicht September 1926, bestätigt. Der Bericht entwarf ein Bild anhaltenden Rückgangs der schweren Exportindustrie einerseits und eines Wachstums der für den Innenmarkt arbeitenden Industriezweige andererseits. Die Zahl der Fabriken ist gestiegen, insofern zahlreiche Werkstätten begonnen haben, motorische Kraft anzuwenden. Festzustellen ist ein Wachstum der Automobilindustrie — sie umfaßt gegenwärtig 14 600 Betriebe, doch über die Hälfte davon sind über das ganze Land verstreute Reparaturwerkstätten. Gleichzeitig tritt eine äußerst interessante Erscheinung zutage — das Absterben alter Industriezentren und die Entstehung neuer. Nord-England, Schottland und Wales leiden an chronischen Krisen und an Arbeitslosigkeit. Sie verkümmern immer mehr, und auf den Plan treten neue junge Industriebezirke — der Süden, Mittel-England und die Umgegend Londons. Die neuen Betriebe werden zumeist in rückständigeren Gegenden, weitab von den alten Zentren errichtet. Dies steht in engem Zusammenhang mit der neuesten Mechanisierung, infolge der die qualifizierte Arbeit eine immer geringere Rolle in der Industrie spielt. Die Unternehmer ziehen es vor, rückständigere und minder anspruchsvolle Arbeiter und Landarbeiter zu beschäftigen als die in den Trade Unions geschulten Stadtarbeiter. Die alte Industrie wird durch eine neue ersetzt. Doch was ist das für ein Ersatz!

* Die drei bedeutendsten Industriebezirke Englands.

Hier eine Aufzählung von Betrieben, die in der Umgebung Londons entstanden sind: Neben einigen Fabriken für Automobilchassis gibt es da Fabriken zur Herstellung von Bandagen, elektrischem Kleinzubehör, künstlichem Eis, Mixed Pickles, Bettstellen, Bettdecken, Kapseln für Apotheken, Bleistiften. Ein neuer Industriezweig ist auch die Kunstseide-Strumpfwirkerei.

Im Jahre 1926 ist dieser neue Prozeß bereits so stark ausgeprägt, daß er auch Ausländern auffällt. Im obigen Artikel der „Nation“ wird berichtet, daß ein angesehenes Amerikaner, der unlängst England besuchte, auf die Frage, was ihm in England besonders aufgefallen sei, die Antwort gab: „das Absterben der alten und die Entstehung neuer Industriezweige!“ Das grellste Licht auf die neuen Tendenzen des englischen Kapitalismus werfen aber die im November 1926 vom Arbeitsministerium veröffentlichten Tabellen (siehe The Ministry of Labour Gazette Nov. 1926). Diese Tabellen verdienen das ernsteste und sorgfältigste Studium. Nachstehend bringen wir zwei dieser Tabellen, unter Hinweglassung einiger unwesentlicher Details. Außerdem haben wir aus Gründen der Bequemlichkeit und Uebersichtlichkeit an manchen Stellen gesondert angeführte Gruppen vereinigt.

1. Industriezweige, in denen die Zahl der versicherten Arbeiter zugenommen hat.*

Industriezweig	Zahl der versicherten Arbeiter				Zunahme in der Zeit von Juli 1923 bis Juli 1926
	Juli 1923	Juli 1924	Juli 1925	Juli 1926	
Kunststein und Zement . .	10 660	11 800	13 720	16 460	5 800
Seidenindustrie und Kunstseide	37 800	41 720	46 890	51 220	13 420
Ziegeleien usw.	61 300	70 490	78 510	82 910	21 610
Baugewerbe und öffentl. Arbeit	837 600	856 140	903 000	965 190	127 590
Musikinstrumente	19 600	19 880	21 640	24 550	4 950
Elektr. Zubehör	72 200	74 940	81 350	87 910	15 710
Handelsunternehmen . . .	1 250 000	1 352 110	1 458 200	1 510 850	260 850
Straßenbahn, Autobusse, Taximeter u. Lastautos	255 400	269 750	277 380	290 440	35 040
Automobil- und Flugzeug- industrie	192 700	203 340	214 840	224 040	31 340
Möbelindustrie	93 500	96 760	101 680	107 810	14 310
Wäschereien und chem. Reinigungsanstalten . .	106 600	112 870	117 290	122 230	15 630
Verschiedene Metallartikel	166 000	175 550	180 820	186 420	20 420
Polygraphische Industrie .	229 000	240 140	245 340	252 550	23 550
Freie Berufe	107 100	110 680	113 280	116 220	9 120
Lokale Selbstverwaltung .	244 000	243 710	258 370	261 250	17 250
Gas-, Wasser- und Elektro- werke	174 200	171 550	178 650	185 380	11 180
Eisengießereien	85 200	81 870	85 560	90 490	5 290
Blechindustrie	29 950	29 260	28 170	31 790	1 840
Baumwollfabriken	571 000	562 390	576 720	579 190	8 190
	4 543 810	4 724 950	4 981 410	5 186 900	643 090

* In England besteht obligatorische Arbeiterversicherung, so daß die Zahl der versicherten Arbeiter mit derjenigen der beschäftigten Arbeiter sich deckt.

2. Industriezweige, in denen die Zahl der versicherten Arbeiter abgenommen hat.

Industriezweig	Zahl der versicherten Arbeiter				Abnahme in der Zeit von Juli 1923 bis Juli 1926
	Juli 1923	Juli 1924	Juli 1925	Juli 1926	
Kohlenbergbau	1 256 000	1 260 350	1 240 450	1 227 870	28 130
Wollindustrie	271 000	260 890	257 700	254 750	16 250
Nährmittelindustrie	157 700	144 540	141 790	145 830	11 870
Maschinenbau	669 000	627 380	627 280	615 920	53 080
Schiffsmaschinenbau	66 300	66 110	61 720	58 370	7 930
Schiffbau	270 200	255 090	241 700	224 120	46 080
Eisen- und Stahlindustrie	242 000	237 460	225 910	218 340	23 660
Karosserie- und Wagenbau	27 700	24 550	24 630	21 700	6 000
Staatsdienst	179 600	160 970	156 490	151 470	28 130
Eisenbahndienst (Hilfskräfte)	191 100	173 210	168 610	160 650	30 450
	3 330 600	3 210 550	3 146 280	3 079 020	251 580

Es ist zu berücksichtigen, daß sich obige Tabellen auf die Gesamtheit der lt. gesetzlicher Vorschrift versicherten Arbeiter beziehen und daher die Zahl derjenigen Arbeiter bringen, die zu der angeführten Zeit im betreffenden Industriezweig registriert waren — einerlei ob sie nun tatsächlich im Betrieb arbeiteten oder als Arbeitslose Unterstützung erhielten. Auf diese Weise sehen wir, daß aus Gruppe II (Tabelle II), die sich auf die Schwerindustrie bezieht, im Laufe von drei Jahren über eine Viertelmillion Arbeiter ausgeschieden sind. Davon entfallen auf Kohlenbergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Maschinen- und Schiffbau 158 850 Arbeiter, doch ist ein weiterer Rückgang in diesen Industriezweigen unvermeidlich, da sie am stärksten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Im Kohlenbergbau allein werden etwa 250 000 Arbeitslose gezählt, und diese Zahl weist im Laufe der letzten Jahre keinerlei Tendenz zum Rückgang auf. Auch ist zu beachten, daß die Baumwollindustrie, die unter den Industriezweigen mit gestiegener Arbeiterzahl aufgeführt ist, in Wirklichkeit ebenfalls zur zweiten Gruppe gehört. Auch sie leidet unter einer schweren Krise. Viele Betriebe müßten eigentlich geschlossen werden, aber die Unternehmer haben, um die Stilllegung zu vermeiden, ein Abkommen über Kurzarbeit für die Gesamtindustrie getroffen, so daß im Laufe der letzten 5 Jahre die Baumwollfabriken nur drei, vier Tage in der Woche arbeiten. Nur dadurch ist der Umstand erklärlich, daß die Zahl der Arbeiter in diesem Industriezweig nicht abgenommen, sondern sogar um 8190 zugenommen hat.*

In der ersten Gruppe hat jedoch die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Laufe von drei Jahren um 643 090 zugenommen.** :

Um uns über die wirkliche Bedeutung dieser Zahl klar zu werden, müssen wir sie mit der Zunahme der Arbeitslosenzahl zwischen Juli 1923 und Juli 1926 vergleichen. Laut der offiziellen Statistik des Arbeitsministeriums (siehe The Ministry of Labour Gazette, Oktober 1924 und Oktober 1926) gab es Ende Juli 1923 1 232 585 Arbeitslose, Ende Juli 1926 1 605,420, d. i. eine Zunahme um 372 835. Zählt man die 251 580 aus der zweiten

* Dieses Abkommen ist gegenwärtig aufgehoben.

** Davon entfallen 74 660 auf die Automobil-, Elektro- und Metallindustrie, die sowohl für den Innenmarkt als auch für die Ausfuhr arbeiten. Von der Baumwollindustrie sehen wir ab, da, wie gesagt, die Zunahme der Arbeiterzahl hier eine künstliche ist.

Gruppe (Tabelle II) ausgeschiedener Arbeiter hinzu, so ergibt sich eine Zahl von 624 415, die die allgemeine Verschlechterung der Situation der Industrie, insbesondere der Exportindustrie veranschaulicht, da, wie gesagt, die Zunahme der Arbeitslosenzahl in der Hauptsache auf diese Gruppe entfällt. Um so bedeutungsvoller ist die Zunahme der Arbeiter der ersten Gruppe, zu der die hauptsächlich für den Innenmarkt arbeitenden Industrien gehören. Die größte Zunahme entfällt auf die Handelsunternehmen, 260 850 Arbeiter. Es folgt das Baugewerbe und die Baumaterialien (Ziegel, Zement usw.) herstellenden Industrien, die ein Mehr von etwa 155 000 Arbeitern aufweisen. Diese letztere Zunahme steht in engem Zusammenhang mit der Wohnungsnot, die ein Resultat des Krieges und der Nachkriegszeit ist, d. h. einer Zeit, in der die Bautätigkeit fast vollständig stockte.

So sehen wir bestimmte Anzeichen der Wandlung des englischen Kapitalismus. Werden sich diese Tendenzen weiter entwickeln, so wird sich das Gesicht Englands radikal ändern. Seine Ausfuhr wird allmählich zurückgehen und eine immer geringere Rolle im Wirtschaftsleben des Landes spielen. Die Einfuhr wird sich ausschließlich auf die allernotwendigsten Rohstoffe und Lebensmittel beschränken. England wird die verschiedenartigsten kleinen Industriezweige entwickeln, die es früher, als es in den Hauptindustriezweigen auf dem Weltmarkt die dominierende Rolle innehatte, verachtet hatte. Damals konnte es sich den Luxus leisten, die Erzeugnisse dieser Industriezweige aus Deutschland, Frankreich, Japan und anderen Ländern zu importieren. Infolge der zurückgehenden Ausfuhr wird aber England genötigt sein, auch seine Einfuhr einzuschränken und sich mit diesem buntscheckigen Kleinkram abzugeben, mit der Herstellung von Musikinstrumenten, Prothesen usw. Was wird die Folge davon sein? Daß England in eine ähnliche Lage kommen kann wie irgendein — Schweden oder Holland. Eine solche Wandlung aber hat für die englische Arbeiterklasse bitteres Elend und Not im Gefolge, da die Einstellung der englischen Industrie auf den Innenmarkt fast die Hälfte der Arbeiter überflüssig machen würde. Die geographischen Verhältnisse Englands, ganz abgesehen von allen anderen Bedingungen, machen es unmöglich, dies gesamte in der Industrie überflüssig gewordene Proletariat in der Landwirtschaft unterzubringen. So wird diese wirtschaftliche Wandlung entweder zur Entartung gewaltiger Massen des englischen Proletariats oder zur Revolution führen.

Die englische Kleinbourgeoisie und ihre liberale Presse denkt natürlich darüber anders. Die „Nation“ schreibt:

„Viele werden das alles (den Uebergang Englands zu einer für den Innenmarkt arbeitenden Industrie — I. L.) als Pessimismus, als Defaitismus auffassen. Wir sind aber anderer Meinung. Wir können nicht einsehen, warum der Uebergang von einer Art der wirtschaftlichen Tätigkeit zu einer anderen einen Wandel zum schlechteren bedeuten muß. Der Strom richtet sich jetzt, wie wir glauben, gegen Kohle, Textil, Stahl und Eisen. Doch bedeutet das noch nicht, daß das nationale Wohlergehen nicht mehr in dem bisherigen raschen Tempo wachsen kann.“ („Nation“ vom 26. Juni 1926.)

Auch dem anderen Organ der Kleinbourgeoisie, dem „Manchester Guardian“, erscheint die Zukunft in rosigem Lichte. Im Leitartikel vom 19. September 1926, unter dem Titel „Einige industrielle Wandlungen“, findet dieses Organ bei der Erörterung des Berichtes des Generalfabrikinspektors und der Kundgebung des Professors Keynes, daß die neue

Situation dem Kleinbürgertum auch neue Möglichkeiten bietet. Der „Manchester Guardian“ schreibt:

„Jeder neue Abschnitt in der Anwendung von Energie und neuen Produktionsmethoden in der Industrie bietet kleinen Leuten mit geringem Kapital und großer Unternehmungslust neue Möglichkeiten. Die von der ersten industriellen Revolution geschaffenen allgemeinen sozialen Verhältnisse waren schlecht und zersetzend, doch diese Revolution hat einzelnen Personen unzählige Möglichkeiten eröffnet, sie sind rasch emporgestiegen. Wahrscheinlich ist auch heute ähnliches der Fall. In den alten Industriezweigen war die Konzentration vorherrschend, jetzt aber entstehen Betriebe geringeren Umfangs.“

Der „Manchester Guardian“ beruft sich darauf, daß in der Automobilindustrie 14 000 Betriebe gezählt werden, von denen die Hälfte Reparaturwerkstätten sind.

„Diese Reparaturwerkstätten — sagt die Zeitung — sind über das ganze Land verstreut und stellen einen Betriebstypus dar, dem kleine Leute gewachsen sind.“

Dem liberalen Organ schwebt, als Folge der neuen Wandlung in der Industrie, die Abschwächung des Klassenkampfes vor, da die aktiven Elemente der Arbeiterbewegung angeblich die sich ihnen bietenden Möglichkeiten, eine selbständige Existenz zu gründen, ergreifen werden:

„Die Wandlungen in den Methoden und in der Struktur der Industrie werden bestimmte soziale und wirtschaftliche Folgen haben. Die starken und energischen Menschen der Arbeiterbewegung finden heute ihre Laufbahn in den Gewerkschaften. Möglicherweise wird mit dem Wachstum dieser neuen Betriebe der Typus eines neuen Menschen entstehen, oder vielmehr wird der alte Typus wieder auferstehen: während der ersten industriellen Revolution ist ein großer Teil der Menschen von Charakter und organisatorischem Talent aus dem Arbeiterlager ins Unternehmerlager hinübergegangen.“

So meint der „Manchester Guardian“, daß die neuen Tendenzen das goldene Zeitalter der Kleinbourgeoisie, der „kleinen Leute mit kleinem Kapital“ einleiten werden.

Keynes und mit ihm die „Daily Chronicle“ (bis vor kurzem Organ von Lloyd George) treten gegen den Kapitalexport, d. h. gegen die Politik der Londoner City auf. Die Investierung von Kapital im Auslande, die Kreditierung anderer Länder — sagen sie — kommt solchen Ländern zu, deren Produktivkräfte bedeutend wachsen. Für England in seiner gegenwärtigen Situation bedeutet das aber eine Belastung, die seine Kräfte übersteigt. Finanzkapital sowie Industrie müssen dem Auslande den Rücken kehren und das Gesicht dem Innenmarkt zuwenden, sie müssen sich nach Möglichkeit im Rahmen Englands halten.

Der Kreis ist geschlossen. Die dem Ruin entgegentreibende englische Kleinbourgeoisie, in der Gestalt des linken Flügels der liberalen Partei, kämpfte Anfang dieses Jahrhunderts gegen das Großkapital, gegen den Vater des englischen Imperialismus, Josef Chamberlain, gegen den Burenkrieg. Dies trug den Radikalen den Spitznamen „Klein-Engländer“ ein. Durch glänzende Versprechen während des imperialistischen Krieges hat die Großbourgeoisie das Kleinbürgertum verlockt und auf ihre Seite gebracht. Heute aber scheint die enttäuschte und in ihren Hoffnungen betrogene Kleinbourgeoisie der imperialistischen Fahne untreu zu werden und von neuem auf „Klein-England“ schwören zu wollen. Sie klammert sich an die Möglichkeiten, die ihr angeblich das Wiederaufleben der Kleinindustrie bietet und träumt davon, den goldgeflügelten Pegasus — das

Finanzkapital — ins Joch zu zwingen, damit er die Aecker der unternehmungslustigen kleinen Leute mit kleinem Kapital pflügen soll. Das vom Großkapital immer mehr dem Ruin entgegengetriebene englische Kleinbürgertum fürchtet sich vor der proletarischen Revolution und sucht Rettung in utopistischen Traumbildern. Es versteht nicht, daß es kein Zurück in die Vergangenheit mehr gibt, daß die Belebung der Kleinindustrie nur eine vorübergehende Erscheinung sein kann. Die Konzentration des Kapitals wird die „kleinen Leute“ in den neuen Industriezweigen ebenso ruinieren, wie sie es in den alten getan hat und es heute noch tut.

Man kann nicht behaupten, daß die englische Großbourgeoisie an den neuen Tendenzen Gefallen findet. Bereits 1925, als die ersten Symptome in Erscheinung traten, begann das Organ der Großindustrie und des Finanzkapitals, die „Times“, Alarm zu schlagen. Im Leitartikel vom 21. Dezember 1925 schrieben die „Times“ bei der Besprechung der im Bericht des Arbeitsministeriums signalisierten starken Zunahme der Handelsangestellten:

„Diese Zahlen sind ein Alarmsignal. Wir sind ein industrielles Land und müssen um unseres Lebens, um unseres Wohlergehens willen ein solches bleiben. Der Handel kann uns nicht die Industrie ersetzen.“

Es ist klar, wenn die „Times“ von Industrie sprechen, so meinen sie damit die für den Export arbeitende Schwerindustrie. Das „Little-England“ mit einer kleinen Industrie bedeutet den Tod für den englischen Kapitalismus, für England als Weltmacht und für seine Weltinteressen, für seine Stellung auf dem Weltmarkt.

Doch diese wirtschaftliche Degradierung Englands würde für die Millionen englischer Proletarier größtes Elend heraufbeschwören, und daher wird der englische Imperialismus nicht eines natürlichen Todes sterben, sondern unter den Schlägen der proletarischen Revolution, die England vor Entartung retten wird.

5. Januar 1927.

M. N. ROY :

PERSPEKTIVEN DER NATIONALEN BEWEGUNG IN INDIEN

Im November und Dezember fanden die allgemeinen Wahlen zur Nationalen Gesetzgebenden Versammlung und zu den Provinzialen Gesetzgebenden Räten statt. In den letzten Dezembertagen fand auch die Sitzung des Nationalen Kongresses statt. Diese zwei Ereignisse sind die wichtigsten in der indischen nationalistischen Bewegung. Beide Ereignisse haben gezeigt, in welcher Weise sich der Kampf gegen den Imperialismus künftig entwickeln wird.

Die diesjährigen Wahlen fanden unter einer außergewöhnlichen Situation statt. In politischer Hinsicht war die Atmosphäre im Lande nicht halb so stürmisch wie im Jahre 1920, als die ersten Wahlen zu den parlamentarischen Körperschaften, die vom englischen Imperialismus zugelassen wurden,

stattfanden. Die Lage war sogar ruhiger als im Jahre 1923, als die bürgerlichen linken Parteien in den Wahlkampf gingen mit der Erklärung, daß sie in die Gesetzgebenden Räte nicht eintreten wollten, um mit der Regierung zusammenzuarbeiten, sondern um die Verwaltung durch Obstruktionstaktik unmöglich zu machen. Die revolutionäre Welle ist heute weniger hoch als jemals seit dem Jahre 1919. Der weitaus größere Teil der Bourgeoisie, der den politisch fortgeschrittensten Flügel der nationalistischen Bewegung darstellt, hat die Opposition gegen den Imperialismus aufgegeben und ist eifrig darauf aus, zu einem formellen Abkommen zu gelangen. Dem Imperialismus ist es durch die kluge Befriedigung der Aspirationen des einheimischen Kapitalismus mittels ökonomischer Konzessionen gelungen, die nationalistische Bourgeoisie aus einem potentiellen Feind in einen tatsächlichen Verbündeten umzuwandeln. Dank ihrer reaktionären sozialen Einstellung und dem Fehlen einer klaren politischen Führung sind die enormen Kräfte des Nationalismus zersetzt, zerstreut und entmutigt. Das Proletariat spielt gegenwärtig keine sehr aktive revolutionäre Rolle, obwohl es seine eigenen ökonomischen und politischen Klassenorganisationen in rapidem Tempo aufbaut. Es haben auch in dieser Periode lange Streiks stattgefunden, an denen eine große Anzahl von Arbeitern teilnahm, aber sie entwickeln sich nicht so rasch zu revolutionären politischen Kämpfen, wie dies vor einigen Jahren der Fall war. Die vereinigte antiimperialistische Bewegung der nationalistischen Kleinbourgeoisie, der Arbeiter und der Bauernschaft, die vor fünf Jahren der Ausdruck einer allgemeinen revolutionären Lage war, ist heute zusammengebrochen. Seit 1922, als der Nationalkongreß unter der Führung von Gandhi die revolutionäre Erhebung der Arbeiter- und Bauernmassen unterdrückte und verriet, sind die kleinbürgerlichen Nationalisten mehr und mehr vom spontanen revolutionären Bündnis mit der Arbeiterklasse fort und immer näher zur bürgerlichen Politik des Kompromisses mit dem Imperialismus hingetrieben worden. Diese Politik des Ersetzens der revolutionären Massenaktion durch reformistischen Parlamentarismus hat in der Swaraj-Partei seinen organisatorischen Ausdruck gewonnen.

Seit ihrer Entstehung im Jahre 1923 hat die Swaraj-Partei stets das indische politische Leben beherrscht. Die Bedeutung der diesjährigen allgemeinen Wahlen liegt in der Tatsache, daß sie die Undurchführbarkeit der swarajistischen Politik vollkommen beweisen. Der Hauptwesenszug der Swaraj-Partei war der ausgesprochene Gegensatz zwischen Theorie und Praxis. Ihrer Theorie nach war sie sehr radikal. Manchmal schien sie sogar revolutionär zu sein. Dem Wesen nach stand sie aber auf der Plattform des Reformismus und verteidigte in ihrer Aktion die Interessen des einheimischen Kapitalismus und Grundbesitzertums nicht nur gegen den Imperialismus, sondern auch zum Schaden der Arbeiterklasse sowohl wie der kleinbürgerlichen Massen, die ihre hauptsächlichste soziale Basis darstellen. Die Partei ist ihrer sozialen Zusammensetzung nach hauptsächlich eine kleinbürgerliche. Diese soziale Zusammensetzung erklärt es, daß sie sich in revolutionärsten Phrasen gefällt, während sie in der Praxis als Instrument der Reaktion und sogar der Konterrevolution handelt. Mitglieder und Anhänger der Swaraj-Partei kamen größtenteils von der Kleinbourgeoisie, die Führung aber wurde von den bürgerlichen Intellektuellen und sogar von

der Großbourgeoisie gestellt. Unter einer solchen Führung war die Partei von Anfang an auf ein Programm der Förderung der Interessen des einheimischen Kapitalismus und Grundbesitzertums festgelegt. Dies Programm war indessen nicht neu. Es war das Programm des rechten Flügels der bürgerlichen nationalistischen Parteien. Mit diesem Programm bestand von vornherein keine Aussicht, eine neue Partei aufzubauen, und besonders nicht eine Partei, berufen, die ganze nationalistische Bewegung zu beherrschen. Infolgedessen stellten die Organisatoren der Swaraj-Partei ein im wesentlichen bürgerlich-nationalistisches Programm auf (eventuelles Kompromiß mit dem Imperialismus), gestützt auf eine radikale Phraseologie und die primitive revolutionäre Unzufriedenheit der Kleinbourgeoisie. Es war eine Einheitsfront der antirevolutionären Bourgeoisie und der revolutionären Kleinbourgeoisie. Aber der Zweck dieser Einheitsfront war nicht ein entschiedener Kampf gegen den Imperialismus, sie sollte nur einen revolutionären Kampf vortäuschen, um den Imperialismus zur Bewilligung der Forderungen des einheimischen Kapitalismus zu zwingen.

Die Organisation der Swaraj-Partei hatte für die nationalistische Bewegung eine vollkommen andere Perspektive als die der revolutionären Periode, die unmittelbar vorangegangen war. Seit 1919 war die Perspektive der nationalistischen Bewegung die Mobilisierung der Massenenergie, gegen die Zitadelle des Imperialismus, bis zu dessen Vernichtung. Das Proletariat und die arme Bauernschaft waren das Rückgrat dieser Bewegung. Es ist richtig, daß die Arbeiterklasse in Ermangelung einer klassenbewußten revolutionären politischen Partei des Proletariats die Bewegung nicht zu beherrschen vermochte. Aber es ist ebenso richtig, daß die Arbeiterklasse, wenn die Bewegung sich auf der Linie revolutionärer Massenaktionen weiterentwickelt hätte, im Verlauf des Kampfes sich ihre politische Partei geschaffen hätte und zur Führerin im Kampfe um die nationale Befreiung geworden wäre. Diese Faktoren hätten den Kampf um die nationale Befreiung in Indien direkt in einen Kampf für die soziale Befreiung übergeleitet. Die Möglichkeit war vorhanden infolge eines anderen Faktors internationaler Natur: der indische Kampf für die nationale Befreiung fand in einer Periode akuter revolutionärer Unruhen in einer Reihe von imperialistischen Ländern statt. Die Entwicklung des imperialistischen Kampfes in Indien in revolutionärer Richtung hätte indirekt der ganzen revolutionären Bewegung in den imperialistischen Ländern einen weiteren Anstoß gegeben, und die Kombination der zwei Kräfte der Revolution hätte den Sturz des Kapitalismus als Weltmacht beschleunigen können.

In der revolutionären Periode von 1919 bis 1921 war die Gruppierung der Klassen in Indien sehr klar. Die nationalistische Bewegung vertrat die ausgebeuteten Klassen, nämlich die Kleinbourgeoisie, die Bauernschaft und das Proletariat. Andererseits standen gegen diese revolutionäre Einheitsfront der ausgebeuteten Klasse die vereinigten Kräfte des Imperialismus, der einheimischen Bourgeoisie und Grundbesitzer. Mit anderen Worten, der nationale Kampf war im wesentlichen ein sozialer Kampf. Die Perspektive einer solchen Bewegung war nicht notwendigerweise die Entstehung einer kapitalistischen Gesellschaft in Indien nach dem Sturz der imperialistischen Herrschaft. In der Tat legten in dem heftigen Zusammenstoß der Klasseninteressen der Imperialismus und die einheimischen Ausbeuterklassen ihre

Differenzen bei und schufen eine konterrevolutionäre Einheitsfront. Der Sieg der Revolution hätte daher den Sturz der vereinigten Kräfte der Ausbeuter bedeutet. Dies war die Perspektive der indischen nationalistischen Bewegung vor Bildung der Swaraj-Partei.

Diese mächtige revolutionäre Bewegung war nicht geschlagen; die brutale Unterdrückung durch den Imperialismus und die bittere Feindschaft der einheimischen oberen Klassen konnte die Bewegung nicht einschüchtern. Die Hauptursache des Versagens der Bewegung war der antirevolutionäre Charakter ihrer Führerschaft. Die revolutionäre Perspektive der Bewegung schreckte diese Führerschaft, die, obwohl zögernd, an die Spitze einer im wesentlichen sozialrevolutionären Bewegung stehend, objektiv die Sprecher des indischen Kapitalismus und der Reaktion waren. Ihr wirkliches Ziel war die Ausnützung der spontanen Kämpfe gegen den Imperialismus zur Stärkung der Position der einheimischen Bourgeoisie und sogar der reaktionären Grundbesitzer. Aber die Bewegung stellte eine viel zu große Kraft dar, um sich von den kleinbürgerlichen Politikern in dieser Weise manövrieren zu lassen. Da die Führer die Bewegung nicht führen konnten, wie sie wollten, zogen sie es vor, sie zu zerstören. Dies gelang ihnen, weil die Bewegung trotz gigantischer Möglichkeiten politisch noch unreif war. Die Arbeiterklasse hatte noch nicht ihre eigene Führerschaft entwickelt.

Der plötzliche Beschluß der Exekutive des Nationalkongresses, alle Formen des revolutionären Massenkampfes zugunsten einer Politik der Passivität (das sogenannte „konstruktive Programm“ — Propagierung des Spinnrades zwecks Boykott der englischen Baumwollweberei-Erzeugnisse, Aufhebung der Immunität, Einheit zwischen Moslem und Hindu und Kampf gegen das Alkoholunwesen) fallen zu lassen, führte die Bewegung in eine Sackgasse. Der Imperialismus gab sofort die Politik des beobachtenden Abwartens auf und ergriff energisch aggressive Maßnahmen. Tausende von aktiven Mitgliedern der Bewegung wurden verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Proletarische und bäuerliche Organisationen wurden unter offizieller Initiative und sogar mit Hilfe der Polizeiagenten geschaffen, um die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse zu verwirren. Die kleinbürgerlichen Intellektuellen, die die radikalsten Elemente der nationalistischen Bewegung darstellten, waren mit der Politik der Passivität gründlich unzufrieden. In dieser Krise traten die bürgerlichen Elemente innerhalb des Nationalkongresses mit der Forderung der Aufgabe der Boykottparole auf, unter der die Bewegung sich seit dem Jahre 1919 entwickelt hatte. Sie kleideten ihr reformistisches und antirevolutionäres Programm in das glitzernde Gewand radikaler Phrasen, sie erklärten, daß ein Boykott der parlamentarischen Körperschaften durch den Nationalkongreß das Feld den gemäßigten Nationalisten überlassen würde, die den englischen Imperialismus unterstützen. Sie schlugen vor, daß der Nationalkongreß seine Vertreter in die gesetzgebenden Räte entsenden solle, um „die Bürokratie aus unmittelbarer Nähe zu bekämpfen“. Diese geschickt aufgemachte reformistische Politik machte auf die radikalen Elemente in den nationalistischen Reihen Eindruck, die unter dem Gebot der Passivität gelitten hatten, die ihnen von der Exekutive des Kongresses auferlegt worden war. Sie sammelten sich eifrig um die Parolen der Swarajisten: Eintritt in die gesetzgeben-

den Räte, um sie zu zerstören und dadurch die Verwaltung des Landes unmöglich zu machen.

Was immer die ursprüngliche Absicht der Organisatoren der Swaraj-Partei gewesen sein mag, die Partei mußte den Wünschen der Bourgeoisie nachgeben, sobald sie sich in praktische Politik einließ. Dies folgte aus dem Charakter der Wählerschaft. Die Aktion einer Partei, die die Verwirklichung ihres Programms auf parlamentarischem Wege sucht, ist notwendigerweise durch den Charakter der Wählerschaft bestimmt. Die kleinbürgerlichen Intellektuellen mögen die Swaraj-Partei unterstützen und sie so mit einer gewissen revolutionären Einstellung erfüllen, aber sie können nicht die Stimmen geben, die für die Majorität im Parlament notwendig sind. Dafür mußten die Swarajisten an die Bourgeoisie appellieren, und die letztere würde nicht für eine Partei stimmen, die es ablehnt, ihre Interessen zu vertreten, nicht nur gegen die ihr durch den Imperialismus auferlegten Einschränkungen, sondern auch gegen das Wohl der Massen der einheimischen Bevölkerung.

Die drohende Gefahr eines bewaffneten Aufstandes zu Anfang des Krieges hatte den englischen Imperialismus gezwungen, weitgehende Versprechungen von Zugeständnissen zu machen, um sich die Loyalität der indischen Bourgeoisie zu sichern. Die Selbstregierung war versprochen worden. Als jedoch der Krieg vorüber war und die revolutionäre Bewegung während des Krieges unterdrückt worden war, hielt der Imperialismus sein Versprechen nicht mehr ein. Anstatt der in den kritischen Tagen während des Krieges versprochenen Selbstregierung wurden einige unzureichende Reformen als erster Schritt zur Selbstregierung bewilligt. Durch die Reformen von 1919 wurden eine Nationale Gesetzgebende Versammlung und gesetzgebende Räte in den Provinzen geschaffen. Das Wahlrecht, auf das sich diese parlamentarischen Körperschaften gründen, ist äußerst beschränkt. Von der 222 Millionen zählenden Bevölkerung in Britisch-Indien sind weniger als 5 Millionen bei den Wahlen für die Provinzialen Gesetzgebenden Räte wahlberechtigt. Die Wählerschaft für die Nationale Gesetzgebende Versammlung war noch viel geringer. Das Wahlrecht war durch den Besitz bestimmt und die Grenze unter den in der indischen Bevölkerung herrschenden ökonomischen Bedingungen sehr hoch gesetzt. Nur diejenigen, die unbewegliches Eigentum (Häuser in der Stadt oder Land in den ländlichen Gebieten) im durchschnittlichen Minimalwerte von 2000 Rupien besaßen, waren wahlberechtigt. Dies ist in Anbetracht der Tatsache, daß das Jahresdurchschnittseinkommen pro Kopf in Indien auch bei großzügigster Schätzung nur 50 Rupien beträgt, eine außerordentlich hohe Grenze. So waren außer den Grundbesitzern und den kapitalistischen Klassen nur die reicheren Intellektuellen und eine kleine Schicht der Mittelklassen wahlberechtigt.

An diese Wählerschaft nun appellierte die Swaraj-Partei. Diejenigen, die die Situation kannten, sahen das Resultat voraus. Die swarajistischen Kandidaten erhielten trotz der ungeheuren Popularität und der energischen Unterstützung der fortgeschrittensten nationalistischen Elemente nicht die Majorität, ausgenommen in einem einzigen Provinzrat. Der Erfolg der Politik der Verhinderung der Verwaltung des Landes durch parlamentarische Obstruktion hing aber von der parlamentarischen Majorität ab. Wenn die

Swaraj-Partei diese nicht erlangen konnte, so war sie gezwungen, ihre Haltung — wenn auch nicht in Worten, so doch in der Praxis — zu modifizieren. Während der ganzen Parlamentsperiode (von drei Jahren) betrieb die Swaraj-Partei eine Politik des bürgerlichen Nationalismus, indem sie eifrig und bewußt den Boden für ein eventuelles Kompromiß mit der imperialistischen Herrschaft vorbereitete. Aber das revolutionäre Gefühl der einfachen Mitglieder und der Anhänger der Partei gestattete den Führern nicht, allzu deutlich in das Lager des Kompromisses überzugehen, sie mußten den Schein der Opposition im Parlament wahren und sich in unverantwortlichen Versprechungen über sogenannte revolutionäre Aktionen außerhalb des Parlaments ergehen. Infolgedessen gelang es der Swaraj-Partei trotz ihrer Unterwürfigkeit gegenüber der Bourgeoisie in allen wesentlichen Fragen nicht, die förmliche Anerkennung der Bourgeoisie zu erlangen. Auch dem Imperialismus blieb sie ein Dorn im Auge. Die Bourgeoisie mochte die Swaraj-Partei nicht leiden wegen ihrer Obstruktionspolitik, wie trügerisch diese auch war, denn diese war dem politischen Frieden im Wege, der für eine normale kapitalistische Entwicklung des Landes unter Ausnützung der ökonomischen Zugeständnisse des Imperialismus so notwendig war. Die Imperialisten glaubten den Swarajisten nicht, weil sie wußten, daß trotz der reformistischen Tendenzen der Führer die Basis der Partei eine revolutionäre soziale Schicht war, die schließlich über die bürgerliche Führerschaft hinauswachsen und positiv gefährlich werden konnte.

Während der letzten Legislaturperiode begründeten die swarajistischen Führer ihre Politik des Kompromisses und der Mäßigung mit dem Argument, daß keine Majorität vorhanden sei, um die Regierung herauszufordern. Sie appellierten an das Land, der Partei volle und unbedingte Unterstützung zu geben, damit sie in der nächsten Legislaturperiode eine Majorität erlangen könnte. Dadurch aber wurde eine neue Illusion für die kleinbürgerlichen Massen geschaffen. Keine Partei konnte unter den gegebenen Wahlbedingungen ohne Unterstützung der Bourgeoisie eine Majorität im Parlament haben. Und die Bourgeoisie würde im gegenwärtigen Stadium ihrer Entwicklung keine Partei unterstützen, die nicht bedingungslos die Plattform des politischen Friedens und der raschen Einigung mit dem Imperialismus auf der Grundlage der gegebenen ökonomischen Konzessionen annehmen würde. Infolgedessen befand sich die Swaraj-Partei in einem Dilemma. Sie stand an einem Scheidewege. Sie hatte zu wählen zwischen der Bourgeoisie und den nationalistischen Massen ohne Wahlrecht, zwischen zwei Kräften, die nicht auf derselben politischen Plattform stehen konnten. Wählte sie die letztere, so müßte sie notwendigerweise die Hoffnung aufgeben, die parlamentarische Majorität zu erlangen, und mußte zu einer revolutionären Partei des Volkes zu werden. Dies konnte aber unter der gegenwärtigen Führerschaft nicht von der Swaraj-Partei erwartet werden. Die ideologische Grundlage der Swaraj-Partei war die Verwerfung der revolutionären Massenaktion als Waffe im Kampfe für die nationale Befreiung.

Der innere Gegensatz in den Fragen der künftigen Politik beschleunigte den heftigen Kampf innerhalb der Partei. Schließlich spaltete sich die Partei in mehrere Fraktionen. Die bewußt bürgerlichen Elemente verließen die Partei. Die Situation wurde noch durch einen weiteren Faktor erschwert,

nämlich durch die bitteren Kämpfe zwischen den zwei großen Religionsgemeinschaften (den Hindus und den Mohammedanern), die die indische Bevölkerung bilden. Während der ganzen Entwicklung hat der Imperialismus das historisch bestehende Mißtrauen zwischen diesen beiden Gemeinschaften klug ausgenützt. Während des Krieges und der Periode der revolutionären Massenkämpfe in den Jahren unmittelbar nach dem Kriege wurden alle religiösen und konfessionellen Unterschiede liquidiert. Der Zusammenbruch der Massenbewegung hinterließ beim Volke eine starke Unzufriedenheit und Ruhelosigkeit. Der Imperialismus machte sich diese psychologische Situation zunutze und brachte die Religionskämpfe künstlich wieder zum Aufleben. Im Jahre 1925/26 war das Land der Schauplatz eines richtigen Bürgerkrieges. Diese tragischen inneren Streitigkeiten reißen die nationalistische Bewegung auseinander. Die Swaraj-Partei war die einzige nationalistische Partei, der es gelungen war, die Hindus und Mohammedaner in ihren Reihen durch ein sehr vorsichtiges Abkommen zu vereinigen. Der Imperialismus wollte diese Einheit am Vorabend der Wahlen zerbrechen. Allmählich machten sich die Rückwirkungen der religiösen Streitigkeiten innerhalb der Swaraj-Partei fühlbar, und der größte Teil der mohammedanischen Elemente trat aus. Dies war der letzte Streich gegen die Swaraj-Partei.

Die letzten Wahlen wurden nicht unter der Parole des Kampfes gegen den Imperialismus, sondern unter zwei vollkommen untergeordneten Parolen geführt, nämlich der Frage der religiösen Gegensätze und des Gegensatzes in bezug auf die Annahme oder Nichtannahme von Aemtern. Der bürgerliche Block bildete sich auf der Plattform der Durchführung der Verwaltung auf der Basis der Reformen von 1919, soweit diese sich ausnutzen ließen, anderseits war die Majorität der nationalistischen Massen, die die Swaraj-Partei unterstützten, gegen die Annahme der Aemter und für eine Art Kampf gegen die imperialistische Autokratie. Die swarajistischen Führer waren sich vollkommen im klaren, was die Situation bedeutete. Sie machten viele Versuche, die Partei in den bürgerlichen Block hineinzuschmuggeln, trotzdem sich dagegen die Opposition der breiten Massen erhob. Jedesmal jedoch, wenn sie der Erreichung ihres Zieles gefährlich nahe kamen, stießen sie auf den Widerstand der breiten Massen.

Unter diesen Bedingungen konnten sie die gewünschte Politik nicht durchführen, wenn sie nicht die Unterstützung, von der ihre unabhängige politische Existenz abhing, riskieren wollten. Infolgedessen befand sich die Swaraj-Partei am Vorabend der Wahlen in einer sehr heiklen Position. Große Gruppen der Bourgeoisie wollten nicht für die swarajistischen Kandidaten stimmen, die sich auf die Vernichtung festgelegt und in der Tat die Politik der parlamentarischen Obstruktion aufgegeben hatten. Heftige Kämpfe in den Gemeinden hatten die nationalistischen Kräfte in kämpfende Gruppen gespalten. Nicht weniger als ein halbes Dutzend politischer Gruppen, die alle vorgaben, das „nationale Interesse“ zu vertreten und die keinerlei wesentliche Unterschiede in den Hauptzügen ihres Programms aufwiesen, waren auf dem Kampfplatze. Eine Reihe von prominenten Führern hatte zusammen mit einer beträchtlichen Anhängerschaft die Swaraj-Partei verlassen. Anderseits beobachteten die Massen sowohl wie die sympathisierenden Elemente, die die Swaraj-Partei unterstützten, immer sorg-

fältiger und mißtrauischer die Aktionen der Führer. Unter diesen Umständen war die Swaraj-Partei (d. h., was von ihr nach dem Abfall mehrerer Fraktionen übrig geblieben war) gezwungen, den Wahlkampf mit der alten, abgenutzten Parole der Obstruktion und der Nichtannahme der Aemter, sofern nicht bestimmte Mindestbedingungen von der Regierung erfüllt würden, aufzunehmen. Unter diesen Bedingungen befand sich jedoch nicht einmal ein großes Maß der Selbstregierung. Es war ganz klar, daß sie an ihre eigene Losung nicht glaubten und den Boden vorbereiteten, um die Obstruktions-taktik zugunsten der Annahme von Aemtern aufzugeben. Sie wagten nur nicht, ihre Gedanken auszusprechen oder allzu schnell mit der neuen Politik des Einvernehmens mit der Bourgeoisie vorzurücken: denn in diesem Falle würde die Swaraj-Partei einerseits ihr politisches Gesicht verlieren und dadurch ihren Anspruch auf die Führung der ganzen nationalistischen Bewegung als die radikalste Partei aufgeben, die andere Gefahr aber wäre eine Revolte innerhalb der Partei.

Den Swarajisten, die auf diese Weise gezwungen waren, in den Wahlkampf, wenigstens scheinbar, mit den von der Bourgeoisie abgelehnten Parolen einzutreten, gelang es infolgedessen nicht, eine Majorität in den Gesetzgebenden Räten zu erlangen. Dieses Resultat war durch den sozialen Charakter der Wählerschaft bestimmt. Sie erlangten nicht nur nicht die Majorität, sie verloren sogar beträchtlich an Boden gegenüber der letzten Legislaturperiode. Die Nationale Gesetzgebende Versammlung besteht aus 121 Mitgliedern, von denen nur 104 gewählt werden, während der Rest aus Beamten besteht und von der Regierung ernannt wird. In der letzten Nationalversammlung hatten die Swarajisten 47 Sitze. In diesem Jahre ist ihre Zahl auf 38 zurückgegangen. Ein beträchtlicher Teil dieser geringeren Mitgliederzahl ist außerdem nicht vollkommen für die Obstruktionspolitik, und man kann bei der tatsächlichen Anwendung dieser Politik nicht auf sie rechnen. In den Provinzialen Gesetzgebenden Räten haben die Swarajisten mit Ausnahme von zwei Provinzen ihre Positionen ebenfalls verloren. In Bengalien, wo die Partei am stärksten ist, ist die Zahl der Swarajisten von 52 auf 42 von insgesamt 114 gewählten Mitgliedern zurückgegangen. In den Zentralprovinzen bestand eine swarajistische Majorität (dies war die einzige Provinz). Diesesmal haben sie nur 18 von 35 gewählten Mitgliedern. In der wichtigsten Industrieprovinz Bombay sind die Swarajisten fast vollkommen verdrängt worden. Sie haben dort nur 11 von 87 Sitzen. In der Agrarprovinz Punjab und den Vereinigten Provinzen sind die swarajistischen Vertreter auf 13 und 8 von insgesamt 68 und 96 zurückgegangen. Merkwürdigerweise haben die Swarajisten dagegen ihre Positionen in den Provinzen Madras und Bebar verbessert. In der ersteren haben sie von 98 wählbaren Abgeordneten 47 erhalten und in der letzteren von 76 — 36.*

(Fortsetzung folgt.)

* Anmerkung: Das Wahlergebnis spricht derart deutlich für sich selbst, daß es die Illusion einer sensationellen Wirksamkeit der parlamentarischen Obstruktion ohne weiteres zerstreut. Die Swaraj-Führer stellten weltbewegende parlamentarische Siege in Aussicht, die die Stellung der englischen Bourgeoisie erschüttern sollten, falls sie eine Mehrheit erhielten. Nun ist es ihnen nicht nur nicht gelungen, die erforderliche Mehrheit aufzubringen, sondern es wurde auch deutlich demonstriert, daß eine Partei, die sich nur mit radikalen Phrasen befaßt, unter dem gegenwärtigen Wahlgesetz keine parlamentarische Mehrheit aufbringen kann. Die kleinbürgerlich-revolutionären Elemente, die in den letzten

N. L E N—R :

E I N N E U E S M A N Ö V E R O T T O B A U E R S

Gleich zu Beginn des Auftretens der Neuen Opposition wurde diese von der internationalen Sozialdemokratie auf den Schild gehoben. Seht, — sagten die Sozialdemokraten zu den europäischen Arbeitern — der Leninismus in Rußland steht vor dem Zusammenbruch. Die alten Schüler Lenins sind gezwungen, den Zusammenbruch des leninistischen Kurses, der den Sozialismus in einem rückständigen Lande aufbauen wollte, zuzugeben. Die alten Schüler Lenins gelangen jetzt zu dem, was die Menschewiki seit langem behaupteten: daß nämlich die Interessen des Proletariats und der Bauernschaft derart einander widersprechen, daß die Diktatur des Proletariats auf der Grundlage der Gemeinschaft dieser Klassen nicht von langer Dauer sein kann. Die alten Schüler Lenins sind gezwungen, zuzugeben, daß es unmöglich ist, den Sozialismus nur in einem Lande zu errichten und daß das Proletariat in Rußland unter diesen Umständen unvermeidlich den Rückzug vor dem bäuerlichen Elemente antreten muß.

Am ausgeprägtesten wurde diese Behauptung von der Evolution der Neuen Opposition vom „Leninismus zum Marxismus“, lies Menschewismus, begründet von Paul Levi, dem Renegaten des Kommunismus, der heute bei den sogenannten linken Sozialdemokraten in Deutschland tonangebend ist. Diese Behauptung war der Angelpunkt der sozialdemokratischen Agitation in der „russischen Frage“. Euch — wandten sich die Sozialdemokraten an die europäischen Arbeiter — fordern die Kommunisten auf, der Bahn Lenins zu folgen. Wie aber könnt ihr der Bahn Lenins folgen, wenn die alte bolschewistische Garde, die bis jetzt an der Führung der Komintern stand, zum Marxismus zurückkehrt und ihre Evolution vom Leninismus zum Marxismus vollzieht. Durch das Geschrei über die Preisgabe des Leninismus durch die „alte bolschewistische Garde“, über ihre Rückkehr in den Schoß des „Marxismus“, glaubte der internationale Menschewismus ideologische Verwirrung in den Reihen der kommunistischen Arbeiter stiften und den Prozeß des Uebertrittes der fortgeschrittensten Arbeiter von der Sozialdemokratie zu den Kommunisten aufhalten zu können. Das Geschrei über die Preisgabe des Leninismus durch die „alte bolschewistische Garde“ besagte, daß die Sozialdemokratie auf die Karte des raschen Zusammenbruches

drei Jahren hinter der Führung der Swarajisten standen, werden deshalb, ob sie wollen oder nicht, erwachen und einsehen müssen, daß sie ihre Energie in eine andere Richtung zu lenken haben. Der Nationalkongreß, der unmittelbar nach den Wahlen zusammentrat, ließ erkennen, daß dieses Erwachen begonnen hat. Die Swaraj-Führer, die den ganzen Kongreßapparat beherrschen und der ganzen Bewegung das Kompromißprogramm mit dem Imperialismus aufzwingen wollten, wissen in ihrer Verwirrung nicht, was sie tun sollen. Wir werden uns in einem nächsten Artikel damit befassen, welche Aussichten der Prozeß des Beginnes dieses neuen Stadiums der revolutionären Entwicklung mit sich bringt.

der KPSU, auf die Karte des Sieges der Opposition, auf die Karte der katastrophenartigen raschen Spaltung in der KPSU setzte.

Diese Karte wurde geschlagen. Die ideologische Attacke der Sozialdemokratie erwies sich als schwach. Die Niederlage des Oppositionsblockes im Oktober, die zeigte, daß die Opposition ein Häufchen Führer ohne Armee darstellt; die einmütige Abfuhr, die die oppositionelle Kritik von allen Sektionen der Komintern erhielt, ließen nur noch schärfer hervortreten, daß sich dieses Geschrei der Sozialdemokraten in ein leeres Nichts auflöste. Andererseits zeigte die Berichterstattung der zweiten deutschen Arbeiterdelegation über ihre Reise nach Sowjetrußland und der Erfolg, den sie bei dieser Berichterstattung hatte, daß die Tatsache der Evolution der kleinen Gruppe früherer Führer der KPSU vom Leninismus zum „westeuropäischen Marxismus“ auf die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter keinen merklichen Eindruck macht.

Die sozialdemokratischen Führer mußten sich davon überzeugen, daß das Geschrei über die Evolution der „alten Garde“ vom Leninismus zum Sozialdemokratismus keinerlei Früchte zeitigte. Sie mußten sich überzeugen davon, daß die Karte einer raschen Spaltung und eines Zusammenbruches der KPSU, auf die sie gesetzt hatten, nichts taugt. Sie begriffen, daß man auf eine andere Weise vorgehen muß, wenn man die europäischen Arbeiter davon überzeugen will, daß sich innerhalb der KPSU ein Zersetzungsprozeß vollziehe. Sie beschlossen deshalb, diesen Prozeß in der Weise zu „interpretieren“, als sei dies ein Prozeß des Abrückens der gesamten KPSU vom Leninismus, ein Prozeß ihrer evolutionären Zersetzung. Wie es in solchen Fällen zu sein pflegt, eröffnet den Reigen Otto Bauer, der „Spezialist“ für die „russische Frage“ in der II. Internationale, der ob seiner revolutionären Phraseologie noch eine gewisse Popularität unter den sozialdemokratischen Arbeitern genießt (in einem in der Wiener „Arbeiterzeitung“ vom 25. Dezember unter der Ueberschrift „Bauerschtschina“ erschienenen Artikel).

Otto Bauer ist ideologisch oder, wie er es selbst ausdrückt, „theoretisch“ mit der Opposition solidarisch (soweit natürlich ein sozialdemokratischer Theoretiker mit Kommunisten, die nach der Seite des Sozialdemokratismus abweichen, solidarisch sein kann). Er sagt das aber nicht und sagt es direkt nicht einmal da, wo er die Thesen der Opposition wiederholt. Im Gegensatz zu den Behauptungen von Paul Levi und anderen ist er der Meinung, daß das ausschlaggebende Ergebnis der Diskussion in der KPSU eine Revision des Leninismus seitens der Mehrheit des ZK sei, während die Neue Opposition, seiner Anschauung nach, die alten Traditionen des Leninismus vertrete.

Während Paul Levi und andere vor einem halben Jahr den „Angelpunkt“ der Diskussion in einer Evolution Sinowjew-Kamenew vom Leninismus zum Marxismus erblickten, während sie in der Mehrheit des ZK die ideologische Erbin Lenins sahen, hält Otto Bauer die Abkehr Stalins-Bucharins vom Leninismus für den „Angelpunkt“, während er in Sinowjew-Kamenew die Hüter des wahren Leninismus erblickt.

Was ist nun eigentlich los? Warum revidiert Otto Bauer (ohne offen davon zu reden) die Theorie von Paul Levi, die noch vor ganz kurzem in den sozialdemokratischen Kreisen gang und gäbe war? Es fällt nicht schwer, das Manöver von Otto Bauer zu durchschauen. Da nun die Dinge einmal so liegen, daß irgendwelche Beweisführungen über eine Evolution der Opposition zum Sozialdemokratismus auf die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter keinen Eindruck machen, da die Dinge nun einmal so liegen, daß sie in dieser Evolution der Opposition keinen Zusammenbruch des Leninismus erblicken, so muß man also raffiniertere und überzeugendere Beweise dafür zu erbringen suchen, daß dieser Zusammenbruch des Leninismus doch vor sich geht.

Bauer aber ist bekanntlich Meister in solchen Dingen und seine Erklärung sieht, wie folgt, aus:

In Rußland, als einem Bauernland, lasse sich keine Großindustrie entwickeln, ohne die Entwicklung der Bauernwirtschaft überhaupt und ihrer vermögenden, d. h. der kapitalistischen Elemente der Bauernwirtschaft insbesondere, zu fördern, da letztere die Hauptbesitzer der Getreideüberschüsse seien (das erste Plagiat an der Opposition — man erinnere sich an die Behauptung Kamenews, daß die Kulaken 63 Prozent des Getreides in Händen haben).

Die Zunahme des Kulakentums sei ein Moment, das automatisch mit der Entwicklung der Großindustrie Hand in Hand gehe.

Da aber die Entwicklung des privatkapitalistischen Handels und der privatkapitalistischen Kleinindustrie auf diesem Wachstum der Bauernwirtschaft beruhe, so sei die Folge dieses Wachstums die Entstehung und Entwicklung einer neuen Bourgeoisie. (Das zweite Plagiat an der Opposition — man erinnere sich an Safarow, der den nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg des flachen Landes verneinte, und erinnere sich an die während des Sommers aufgetauchten Erklärungen der Opposition über die relativ raschere Entwicklung des Privatkapitals.)

Die Folge dieser wirtschaftlichen Prozesse sei die Tatsache, daß die Sowjetdiktatur, die sich eine Diktatur des Proletariats nenne, gezwungen sei, die Interessen des Proletariats, der Bauernschaft und der Bourgeoisie auszubalancieren:

„Sie kann nicht eine Klasse, das Proletariat, auf Kosten der beiden anderen Klassen, der Bauernschaft und der Bourgeoisie, vertreten.“

(Das dritte Plagiat an der Opposition — man erinnere sich an die Äußerungen von Ossowski, erinnere sich an die Behauptung des Genossen Trotzki über den „bei weitem nicht proletarischen Charakter“ unseres Staates und erinnere sich an die Äußerung des Genossen Kamenew, daß die Politik der Partei sich von den Interessen der Arbeitermassen entferne. Uebrigens bezieht sich Bauer zwecks Bekräftigung seiner These direkt auf diese Erklärung Kamenews . . .). Nach all dem zieht Bauer, nachdem er sich offen auf die Behauptung der Opposition über den Unglauben der Partei an die baldige Weltrevolution beruft, den Schluß, daß die KPSU nicht an die baldige Welt-

revolution glaube. Stalin, Bucharin und Rykow sähen die Wirklichkeit so, wie sie ist.

„Sie glauben nicht mehr an die nahe Weltrevolution.“

Bauer begreift, daß es etwas wenig ist, wenn er nur seine Behauptungen vorbringt. Deshalb entschließt er sich, einen Augenblick zu schwindeln. „Paris ist schon eine Messe wert“. Er legt dem Genossen Stalin zwei Behauptungen in den Mund:

Erstens behauptet er, Stalin habe gesagt, daß

„wir (d. h. die KPSU) das Wachstum der kapitalistischen Elemente unserer Wirtschaft nicht unterbinden können, weil sonst auch ihre sozialistischen Elemente nicht wachsen könnten.“

Zweitens behauptet er, Stalin habe folgendes ausgeführt:

„Der Kapitalismus hat sich stabilisiert. Wir leben in einer Epoche zwischen zwei Revolutionen. Die kommunistischen Parteien Europas können derzeit nicht mehr tun, als die Arbeiter für sich zu gewinnen suchen. Versuchten sie mehr, gingen sie zum Sturm gegen die kapitalistischen Gewalten über, so würden sie sich selbst zugrunde richten und zugleich unsere für unsere Industrialisierung lebensnotwendigen Bemühungen um Auslandskredite schädigen. Darum Weltagitation, nicht Weltrevolution.“

Der ideologische Führer der Zweiten Internationale tritt also hier in der Rolle des typischen Fälschers auf.

Nirgends und niemals konnte Genosse Stalin erklären, daß

„wir das Wachstum der kapitalistischen Elemente unserer Wirtschaft nicht unterbinden können, weil sonst auch ihre sozialistischen Elemente nicht wachsen könnten.“

Gerade umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die KPSU und mit ihr Genosse Stalin ist überzeugt, daß wir das Wachstum der kapitalistischen Elemente unserer Wirtschaft unterbinden können, und zwar deshalb, weil die sozialistischen Elemente der Wirtschaft in der USSR rascher wachsen und wachsen werden als die kapitalistischen, und weil wir deshalb die eigene Bourgeoisie werden überwinden „können“. Das kam doch in den Erklärungen gerade der 7. Erweiterten Exekutive der KI, deren Protokolle Otto Bauer zitiert, unzählige Male zum Ausdruck. Wenn es aber jemand gibt, der nicht an die Ueberwindung dieser Möglichkeit glaubt, so ist es gerade der Fälscher, Herr Otto Bauer; und dieser Unglaube ist es auch, der die Neue Opposition auf die schiefe Bahn gebracht hat und Anlaß dazu gab, daß gegen sie die Beschuldigung einer sozialdemokratischen Abweichung erhoben wird.

Die zweite Behauptung Bauers ist in bezug auf ihre Verlogenheit noch bezeichnender. Wo und wann wurde jemals erklärt, daß die Komintern den Kurs auf „die Weltagitation und nicht auf die Weltrevolution“ zu nehmen habe; wo und wann wurde jemals erklärt, daß die Komintern nicht den Kurs auf den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie zu nehmen habe, weil das die ausländischen Kredite für die Sowjetunion gefährden würde? Bauer hat die Thesen der 7. Erweiterten Exekutive der KI gelesen, in ihnen aber heißt es schwarz auf weiß, daß

„die Komintern nicht aus dem Auge lassen darf, daß trotz der relativen Stabilisierung und gerade auf der Grundlage der Klassenkämpfe, die sich entwickeln und in Zukunft in noch stärkerem Maße entwickeln werden... eine unmittelbar revolutionäre Situation eintreten wird.“

Bauer weiß sehr wohl, daß der jetzige Kurs der Komintern nicht von der 7. Erweiterten Exekutive, sondern von der vor zwei Jahren stattgefundenen 5. Erweiterten Exekutive auf Grund eines Referats des Genossen Sinowjew, eines der jetzigen Führer der Opposition, festgelegt wurde. Bauer weiß das alles ganz genau, nichtsdestoweniger aber erzählt er den europäischen Arbeitern allerlei Ammenmärchen. Auf diese Ammenmärchen stützt sich denn auch Bauer, wenn er den Schluß zieht, daß die KPSU die Grundprinzipien des Leninismus aufgegeben hat.

„Der Sieg Stalins über die Opposition — es ist nichts anderes als der Sieg der unerbittlichen ökonomischen Notwendigkeit über die Ideologie, die Tradition, die Vergangenheit des Bolschewismus.“

„Aber gegen diese bittere Notwendigkeit lehnt sich die Ideologie, die Tradition, die Vergangenheit des Bolschewismus auf: die alte Garde Lenins, die Erben seines Geistes, die den Glauben an die nahe Weltrevolution nicht aufgeben wollen und die Diktatur des Proletariats nicht in einen, widerstreitende Interessen dreier Klassen ausgleichenden, ausbalancierenden, die Resultierende aus widerstreitenden Klasseninteressen ziehenden Absolutismus aufgehen lassen wollen.“

Das ist das neueste schwere Geschütz von Otto Bauer. Dieses Geschütz zielt weiter als das von Paul Levi. Paul Levi versuchte den Zusammenbruch des Leninismus durch den Hinweis auf die Evolution der Opposition zum Sozialdemokratismus zu beweisen. Bauer versucht mehr zu beweisen. Er versucht, den europäischen Arbeitern zu beweisen, daß der Leninismus nicht von einer kleinen Gruppe von Generalen ohne Armee, sondern von der KPSU als Ganzes aufgegeben werde. Er versucht die europäischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß die KPSU aufgehört habe, an die baldige Weltrevolution zu glauben, und daß sich die USSR aus einem Zentrum der Weltrevolution in ein Anhängsel der kapitalistischen Welt verwandle. Höre aber die KPSU einmal auf, an die baldige Weltrevolution zu glauben, so müssen auch die Kommunisten anderer Länder den Kampf um die Macht aufgeben und zugeben, daß die Sozialdemokratie im Recht sei.

Bauer versucht die KPSU und die USSR als Führerin der Weltrevolution in den Augen des Weltproletariats zu degradieren. Er versucht, die USSR als eine proletarische Despotie hinzustellen, die sich zu einem Bauernreich gewandelt habe. Die logische Schlußfolgerung aus dieser Theorie Bauers kann nur eine sein: Wenn die USSR nicht das Zentrum der Weltrevolution und nicht das Land der proletarischen Diktatur ist, — lohnt es sich dann für das Weltproletariat noch, daß es sich angesichts der verschiedenen Interventionsversuche der imperialistischen Mächte für die USSR einsetzt? Der aktuell politische Sinn der Bauerschen Theorie wird uns absolut klar, wenn wir uns an jene wütende sowjetfeindliche Kampagne erinnern, die gegenwärtig von der kapitalistischen Presse Europas unter Führung des „Vorwärts“ betrieben wird. Der „Austromarxist“ Bauer rechtfertigt „theoretisch“ jene schuftige Lakaienrolle, die die internationale Sozialdemokratie bei den imperialistischen Machinationen gegen die USSR spielt.

Bauer versucht auch „theoretisch“ daraus für die Sozialdemokratie Kapital zu schlagen. Er behauptet, daß nicht der Leninismus, son-

dern der Menschewismus recht behalten hat in bezug auf die Beurteilung der Perspektiven der Weltrevolution und der russischen Revolution, in bezug auf die Perspektiven der Machteroberung durch das Proletariat.

Bauer legt dem Genossen Stalin die Anerkennung der Unmöglichkeit in den Mund, die Entwicklung der kapitalistischen Elemente der Wirtschaft zu unterbinden, sowie die Anerkennung der Tatsache der Stabilisierung des Kapitalismus, und gibt diese Thesen als Thesen des Genossen Stalin aus, um auf diese Weise die Richtigkeit des Standpunktes des Menschewismus zu beweisen, der bereits vor 10 Jahren die Unmöglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in der USSR sowie die Unmöglichkeit der Weltrevolution in der Epoche der Nachkriegszeit zu beweisen versuchte und eine Epoche des erneuten Aufschwunges des Kapitalismus für unvermeidlich hielt. Bauer stellt der Opposition gern ein Mandat über ihren hundertprozentigen „theoretischen“ Leninismus aus, denn das paßt ihm in den Kram und fördert sein eigentliches Ziel — die Beweisführung dafür, daß der Menschewismus in seinem zehnjährigen Streit mit dem Leninismus gesiegt habe.

*

Das neue Manöver Bauers wird natürlich ungefähr einen ähnlichen Erfolg haben, wie ihn das Auftreten Paul Levis hatte. Bilden sich nun die sozialdemokratischen Theoretiker wirklich ein, daß sie den Arbeitern die Ueberzeugung von einem Zusammenbruch des Leninismus beizubringen vermögen, nachdem sie *gestern* die Opposition als eine Gruppe hinstellten, die sich in der Evolution vom Leninismus zum Sozialdemokratismus befindet, während sie sie heute für die Hüterin der Vermächnisse des Leninismus ausgeben; bilden sie sich wirklich ein, das fertig zu bringen, nachdem sie die Evolution Sinowjews und Kamenews zur Sozialdemokratie *gestern* noch als den Zusammenbruch des Leninismus erklärten, während sie *heute* den Zusammenbruch in einer anderen Richtung verkünden und behaupten, daß die Mehrheit des ZK sich vom Leninismus abwende. Wenn Bauer und Levi schon aus der „Russischen Diskussion“ für die II. Internationale politisches Kapital schlagen wollten, so mußten sie sich mindestens vorher gegenseitig verständigen.

Oder glauben die sozialdemokratischen Theoretiker wirklich, daß sie den Arbeitern die Ueberzeugung von einem Zusammenbruch des Leninismus beibringen können, wenn sie den Führern der KPSU das Gegenteil dessen unterstellen, was diese gesagt haben? Wir verstehen natürlich, daß es Bauer z. B. sehr angenehm wäre, wenn Genosse Stalin die Ueberwindung der kapitalistischen Elemente in der Wirtschaft der Sowjetunion als unmöglich anerkannt hätte, wenn Genosse Stalin die Sektionen der Komintern dazu aufgefordert hätte, sich selbst und das Weltproletariat nicht auf den Kampf um die Macht vorzubereiten und wenn er erklärt hätte, daß er nicht an das baldige Eintreten der Weltrevolution glaube. Immerhin aber ziemt es sich für den ideologischen Führer der II. Internationale nicht, sich mit Fälschungen zu befassen und anderen das in den Mund zu legen, was er lediglich selbst glaubt.

Glauben die sozialdemokratischen Theoretiker wirklich, daß sie den Arbeitern die Ueberzeugung davon beibringen können, daß in der KPSU nur

eine kleine Gruppe von Führern dem alten Leninismus treu geblieben sei, während doch Otto Bauer selbst — der Theoretiker der Sozialdemokratie — faktisch für den Standpunkt der Opposition eintritt.

Der Opposition folgend, übertreibt Bauer auf das Unglaublichste die Rolle des Kulakentums und schreckt die europäischen Arbeiter mit der Kulakengefahr in der Sowjetunion. Der Opposition folgend, entwirft Bauer ein Bild, wie sich automatisch die kapitalistischen Elemente der Wirtschaft vermehren und glaubt nicht an die Möglichkeit ihrer Ueberwindung durch die sozialistischen Elemente der Oekonomik der USSR. Der Opposition folgend, zeichnet Bauer die Perspektive der Ausartung der Klassendiktatur des Proletariats in eine Diktatur zur Stabilisierung der Interessenansprüche verschiedener Klassen. Der Opposition folgend, wiederholt Bauer die Behauptung von der nationalen Beschränktheit der KPSU.

Das ist aber eine merkwürdige Sorte von Orthodoxen des Leninismus, die von sozialdemokratischen Theoretikern in ihrem ideologischen Kampf gegen das „revisionistische“ ZK der KPSU unterstützt werden.

Bauer wollte beweisen, daß die KPSU die Prinzipien des Leninismus aufgegeben habe. In Wirklichkeit aber bekräftigt er durch sein Auftreten nur das, was die Partei der Opposition zum Vorwurf macht: die Evolution der Opposition zum Sozialdemokratismus.

Es ist kein Zufall, daß Bauer die Behauptungen der Opposition wiederholt. Er wiederholt sie deshalb, weil die oppositionellen Behauptungen „erwachsen“ aus der Bauerschtschina (vergl. die 1920 erschienene Broschüre Bauers „Bolschewismus oder Sozialdemokratie“), aus der sozialdemokratischen Lehre von der Unmöglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in Rußland, von der Ausartung der proletarischen Diktatur in eine Bauern diktatur, von der Unvermeidlichkeit des Zusammenstoßes zwischen Proletariat und Bauernschaft und von der Möglichkeit der Behauptung der Macht durch das Proletariat lediglich im Falle des proletarischen Sieges in den fortgeschrittenen Ländern Europas.

Das Auftreten Otto Bauers bestätigt wieder einmal die Richtigkeit jener Beurteilung, wie sie der Opposition seitens der KPSU und der Komintern zuteil wurde und die lautet: die Ideologie der Opposition „wächst sich aus“ in die Verneinung des sozialistischen Charakters des Oktober und in eine Revision der Leninschen Theorie der sozialistischen Revolution.

Diese Annäherung der Anschauungen der Opposition an die Bauerei springt derart in die Augen, daß Bauer am Schlusse seines Artikels genötigt ist, diese Tatsache festzustellen. Dieses Geständnis aber ergänzt er durch folgende Erklärung:

„Die theoretische Bauerschtschina der Opposition besteht darin, daß sie die Ideologie zerreißt, mittels deren Stalin seine praktische Bauerschtschina verhüllt.“

Und hier erklärt Bauer gleichzeitig „in aller Bescheidenheit“, daß Stalin das ausführe, was er — Bauer — 1920 vorausgesagt habe.

Durch diese Erklärung zeigt Bauer, daß er sich nicht nur in Fälschungen, sondern auch in Aufschneiderei gefällt.

Wodurch kann Bauer beweisen, daß sich seine Voraussagen über die Entwicklung in Rußland bestätigt hätten? Durch nichts, denn die fünf Jahre, die seit der Beendigung des Bürgerkrieges verstrichen sind, schlagen die menschewistisch-baueristischen Voraussagen glatt in Scherben.

Haben etwa Bauer und die Menschewiki nicht den Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bauernschaft prophezeit? In Wirklichkeit aber ist es zu einer Festigung des Bündnisses dieser beiden Klassen gekommen.

Haben etwa Bauer und die Menschewiki den europäischen Arbeitern nicht eingeredet, daß die Sowjetmacht und das russische Proletariat unfähig seien zum Wiederaufbau der Volkswirtschaft ohne Hilfe des ausländischen Kapitals und ohne Hilfe der Kapitalisten? In Wirklichkeit aber hat sich herausgestellt, daß das Proletariat der USSR, unter der Führung der KPSU, verstanden hat, die Volkswirtschaft ohne Hilfe des ausländischen Kapitals wieder aufzubauen und sie rascher wieder herzustellen, als das von Lenin und dem Proletariat der USSR selbst erwartet worden war.

Wodurch will Bauer beweisen, daß Stalin (lies: die KPSU) das ausführe, was Bauer 1920 vorausgesagt habe? Etwa gar dadurch, daß sich heute in der USSR über neun Zehntel der Großindustrie in den Händen des Staates befinden? Etwa gar dadurch, daß die Rolle der Privat- und der Hausindustrie von Jahr zu Jahr zurückgeht? Etwa gar dadurch, daß die Rolle des Privatkapitals in den letzten drei Jahren sich um die Hälfte verringert hat? Etwa gar dadurch, daß es der Staat mit Hilfe der Genossenschaft — wie die Getreidebeschaffung des laufenden Wirtschaftsjahres zeigt — verstanden hat, den Getreidemarkt, den ausschlaggebenden Abschnitt der Handelsfront, fest in seine Hand zu bekommen? Etwa gar dadurch, daß das Genossenschaftswesen aller Arten in den letzten zwei Jahren ungeheure Erfolge erzielt hat und augenblicklich über 11 Millionen Konsumenten, fast 6 Millionen Produzenten und über $\frac{1}{2}$ Million Heimarbeiter erfaßt? Etwa gar dadurch, daß die letzten zwei Jahre im Zeichen des Aufbaues gewaltiger elektrischer Kraftwerke und Fabriken, im Zeichen eines rascheren Wachstums der Schwerindustrie (der Produktion von Produktionsmitteln) im Vergleich zur Leichtindustrie (der Produktion von Bedarfsgegenständen) standen? Etwa dadurch, daß der auf fünf Jahre berechnete Orientierungsplan der Entwicklung der Volkswirtschaft der USSR ein um das zwei- bis dreifache rascheres Wachstum der Industrie im Verhältnis zum Wachstum der Landwirtschaft vorsieht, in der Industrie selbst aber ein rascheres Wachstum der Produktion von Produktionsmitteln? Etwa gar dadurch, daß die ersten Monate des neuen Wirtschaftsjahres alle Erwartungen übertroffen und gezeigt haben, daß das Wachstum der Industrie nicht 15 Prozent, wie ursprünglich angenommen, ausmacht, sondern 20 Prozent übersteigt; daß der Warenhunger im Lande erheblich gemildert wurde, und daß die Getreidebeschaffungskampagne weit

besser verlaufen ist als im vergangenen Jahre, wodurch der ganze Unsinn der pessimistischen Voraussagen der Opposition (und der Otto Bauer verwandten russischen Menschewiki) dargetan wurde?

Wodurch kann Bauer beweisen, daß die KPSU das ausführe, was er 1920 vorausgesagt habe? Etwa gar dadurch, daß es der Sowjetmacht in den letzten zwei Jahren immer mehr gelungen ist, den Mittelbauer vom Kulaken loszureißen und das Bündnis zwischen Mittelbauern und armen Bauern zu fördern? Etwa gar dadurch, daß in letzter Zeit die Tatsache eines Zusammenschlusses der Dorfarmut unter der Führung der Dorfzellen der KPSU eine nicht zu leugnende Erscheinung ist? Etwa gar dadurch, daß der Land- und Forstarbeiterverband, der das landwirtschaftliche Proletariat erfaßt, in den letzten zwei Jahren zu einer Millionenorganisation angewachsen ist? Etwa gar dadurch, daß die Gewerkschaftsbewegung der USSR zu einer 9½-Millionen-Armee angewachsen ist, die den mächtigen Rückhalt der proletarischen Diktatur verkörpert, und daß innerhalb dieser sich ausdehnenden Gewerkschaften an erster Stelle die Industrieverbände stehen, die die Arbeiter der Großindustrie erfassen?

Bauer hat absolut keine Tatsachen, mit denen er seine Behauptungen bestätigen könnte. Er hat nur ein einziges Argument — und das sind die Behauptungen der Opposition. Aber die Behauptungen der Opposition können etwa im gleichen Maße als Argument von faktischem Gewichte gelten, wie etwa die Argumente der Genossen Kamenew und Sinowjew im Oktober 1917 als Argumente von faktischem Gewicht gegen die Möglichkeit des Sieges des Proletariats gelten konnten.

Bauer, der der Opposition gern Glauben schenkte und zu ihren Behauptungen noch jene von ihm selbst erfundenen Behauptungen des Genossen Stalin hinzufügt, hat es riskiert, im Angesicht der ganzen Welt zu erklären, daß der Leninismus absterbe und daß Stalin (d. h. die KPSU) das ausführe, was er, Bauer, 1920 vorausgesagt habe. Dabei ist nichts anderes herausgekommen, als eine politische Aufschneiderei.

Jeder sozialdemokratische Arbeiter, der die Tatsachen leidenschaftslos zu würdigen versteht, und besonders jener, der die Berichte der sozialdemokratischen Arbeiterdelegationen angehört hat, wird das Auftreten Bauers lediglich als Lüge und politische Aufschneiderei betrachten. Die Kommunisten aller Länder aber werden sich ein übriges Mal von der Richtigkeit der Beschlüsse der 7. Erweiterten Exekutive der KI überzeugen, die den Standpunkt der Opposition als eine Abweichung in der Richtung des Sozialdemokratismus charakterisiert hat.

R. WALECKI:

„THEORETIKER“ DER PPS UND DES „BUND“*

Der Verfasser des ersten der unten genannten Werke, Mieczyslaw Niedzialkowski ist Führer der PPS und „Sachverständiger“ in der internationalen Politik, der bald als Abgesandter seiner Partei zu verschiedenen Beratungen der II. Internationale, bald als Delegierter des Außenministeriums seines Vaterlandes zu den Sitzungen des Völkerbundes das Ausland bereist. Der Verfasser des zweiten Buches ist Leiter des jüdischen „Bund“ in Polen. Beide gehören zur jüngeren Führergeneration, die hauptsächlich in der Nachkriegszeit in den Vordergrund getreten ist; beide sind wohl die einzigen „Theoretiker“ ihrer Partei (die Notwendigkeit der Gänsefüßchen wird in der Folge zu begründen sein) . . . Alter, der als Repräsentant des „linken Sozialismus“ auftritt — der polnische „Bund“ gehört offiziell nicht der II. Internationale an, sondern schließt sich mit den italienischen Maximalisten und den norwegischen Tranmaeliten der Balabanowschen 2¼ Internationale an —, Alter kennzeichnet die PPS als die am weitesten rechts stehende Partei der II. Internationale. Niedzialkowski fühlt sich als Ideologe des Sozialismus „überhaupt“. Ungeachtet dessen sind die Methoden, die Ziele und Aussprüche beider Autoren einander sehr ähnlich, was sich bereits aus den Vorreden zu ihren Büchern ergibt. Der PPS-Mann verspricht, sich der „kritischen Marxschen Methode“ zu bedienen, die „sich ebenso von der stumpfen (!) Anbetung des Dogmas wie von der Vermeidung schwieriger Probleme als solcher fernhält“; er gibt bescheiden zu, daß die von ihm angeschnittenen Fragen „einer Diskussion und ferneren vertiefteren Durchdringung bedürfen“, aber er hofft dennoch, mit seinem Buch bewiesen zu haben, daß „der Sozialismus ein bewußter Kraftaufwand sei, der nicht nur die Wahrscheinlichkeit des Triumphes, sondern auch das herrliche machtvolle Wagnis mannhafter Menschen in sich berge“. Der Bund erklärt, daß „der Sozialismus keine Kirche sei, die den Gläubigen in allen Lebensnöten eine fix und fertige Antwort erteile“, daß „der Sozialismus auch auf dem Gebiete seines eigenen Denkens dem Geiste des revolutionären Kritizismus und der Auflehnung treu bleiben müsse, ohne den sich jede Doktrin unversehens in ein Dogma verwandle“; er empfiehlt sich als einen Anhänger der „schöpferischen Kritik“, der bestrebt ist, „den Gedanken zu wecken“ und „die Schablone zu bekämpfen, die jedes lebendige Schaffen ertötet“. Auch verlangt er von seinen Lesern keine Uebereinstimmung mit seiner Stellungnahme. Der Bundist verkündet außerdem, es sei nicht seine Absicht, „die bereits vorhandene Kluft zwischen den verschiedenen Teilen der Arbeiterklasse zu vertiefen, sondern eher eine allgemeine Plattform für diese Klasse zu schaffen“. Offensichtlich versprechen sich beide Verfasser trotz ihrer vorgeschützten Bescheidenheit nicht wenig von der Veröffentlichung ihrer Werke.

Niedzialkowski beginnt mit einem Kapitel über die „materialistische Geschichtsauffassung“. Es ergibt sich bereits aus den ersten Seiten des Kapitels, mit was für einem „kritischen Marxisten“ wir es hier zu tun haben. Wir finden hier die „beste Definition der Gesellschaftsklasse“, die „merkwürdigerweise“ von dem antimarxistischen Professor Tugan-Baranowski gegeben wurde, sowie die Mitteilung, daß es zwischen dem historischen Materialismus und dem philosophischen Materialismus „keinerlei Berührungspunkte“ (!) gebe; sowohl Kant als Bergson und Dutzende anderer kleinbürgerlicher Philosophen aus verschiedenen Jahrhunderten und verschiedenen Richtungen — sie alle bilden eine „Ergänzung“ zu Marx, von dem keine Spur mehr übriggeblieben ist. Kurz gesagt, es ist das ein gottverlassenes Geschwätz, ein verwirrt Elektizismus, eine Anhäufung von prunkvollen Phrasen, Namen und Zitaten. In dem dünnen Büchlein werden nicht weniger als 350 Schriftsteller zitiert. Dieser „Methode“ bedarf der „Theoretiker“ der Sozial-Verräterei, um seine Position in bezug auf eine Reihe von Fragen der praktischen Politik in „wissenschaftliche“ Staubwolken zu hüllen.

Im Kapitel „Sozialismus und Patriotismus“ erklärt der „Theoretiker“ der PPS, es sei an der Zeit „aufzuhören, den Fragen des Patriotismus schamhaft aus dem Wege zu gehen“.

* Mieczyslaw Niedzialkowski: Teorja i praktyka socjalizmu wobec nowych zagadaniem. Warszawa-Krakow 1926. 146 Seiten.

Wiktor Alter: Socjalizm walczacy. Warszawa 1926. 149 Seiten.

Man müsse sich offen als Patriot bekennen. Seitdem das Wahlrecht erweitert sei und „Vorgänge aus dem Arbeiterleben“ immer mehr von „Drama, Poesie, Roman, Skulptur und Malerei“ als Thema benutzt werden, fühle sich der Arbeiter als „Mitinhaber des Landes“. Die PPS ist stolz auf ihren Patriotismus:

„Der Sozialismus und die Vaterlandsliebe sind im Bewußtsein und in der Psyche des polnischen Proletariats endgültig und unteilbar zu einer Einheit verschmolzen. Diese Tatsache ermöglicht erst die Ueberwindung der bolschewistischen Invasion und selbst die Existenz des polnischen Staates.“

Der „Patriot“ des heutigen polnischen Staates hat es fertiggebracht, in einer umfangreichen „wissenschaftlichen“ Schrift über die nationale Frage in Polen kein einziges Wort über die nationalen Minderheiten in diesem Staate zu sagen. Dabei machen diese nationalen Minderheiten — die Ukrainer, Weißrussen, Deutschen, Juden und Litauer — sogar nach der verfälschten offiziellen Statistik 32 Prozent, in Wirklichkeit jedoch nicht weniger als 40 Prozent der Gesamtbevölkerung Polens aus, und manche dieser Minderheiten bewohnen ganze einheitliche Gebiete, die gewaltsam von ihren nationalen Territorien losgerissen und dem bürgerlich-gutherrlichen Polen unterworfen worden sind. Diese „Schweigsamkeit“ zeigt am deutlichsten die ganze Verlogenheit der „gelehrten“ Auslassungen Niedzialkowskis über nationale Kultur und Freiheit.

Aus dem folgenden Kapitel erfahren wir, daß das ganze Europa bereits von dem „Prozeß der sozialen Revolution“ erfaßt sei. Das einzig zweckmäßige und grundlegende Mittel zur Durchführung der Revolution sind die Regierungskoalitionen, was unter anderem auch von Kautsky bewiesen ist. In ganz Europa gibt es bloß in Rußland keine Revolution, weil dieses „von einer Anzahl Irrsinniger, selbstbewußter Hohlköpfe, mitunter Verräter, geleitet wird, die mit unwirklichen oder verbrecherischen oder beispiellos leichtsinnigen Mitteln einem unerreichbaren Ziele zustreben“. Um die „soziale Revolution“ mit Hilfe von Koalitionen zu vollbringen, ist es notwendig, „die Arbeitermassen zu erziehen und zu diesem Zweck der Demagogie den Krieg zu erklären“, wie dies bereits — „Kautsky, Bauer, Hilferding, Blum, Renaudel“ (diese Bande der gegenwärtig offenkundigsten, raffiniertesten Betrüger und Vergifter der Arbeitermassen) getan haben. In Polen schlägt ihr Schüler Niedzialkowski vor, zu diesem Zweck die der extremen Linken der Partei so teure Parole der „Arbeiter- und Bauernregierung“ zurückzuziehen und sie durch eine ungeschminkte Koalitionsparole zu ersetzen. Ebenso unerläßlich ist es, die radikalen, im Jahre 1920 (während der „Bolschewisteninvasion“) von der PPS angenommenen Agrarforderungen aufzugeben, weil ihre Verwirklichung die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hindern würde. Alles dies soll der Lösung „des Problems der sozialen Revolution“ dienen.

Unser „Theoretiker“ bemerkt indessen, daß „der Weg zur sozialen Revolution mit Hilfe von Koalitionen“ infolge der „Krisis des Parlamentarismus“ etwas holperig geworden sei. Jawohl, der Parlamentarismus macht eine schwere Krisis durch, die nach Niedzialkowski zweifellos zur Oligarchie führt. Was ist da zu tun?

„Wir stehen hier vor einem der schwersten Probleme der Soziologie. Ich sage unumwunden, daß dieses Problem meiner Meinung nach nicht zu lösen ist. Der oligarchische Charakter der Verhältnisse innerhalb der Gesellschaft erwächst aus der grundlegenden Tatsache, daß die Menschen in geistiger, emotioneller, moralischer und physischer Beziehung nicht gleich sind und auch in Zukunft nicht gleich sein werden, wenn nicht die gesamte Wissenschaft der Psychologie und Physiologie auf irgendeinem fundamentalen Irrtum beruht ...“

Wenn dies einmal sowieso nicht zu ändern ist, dann verlohnt es sich nicht, die Revolution gewaltsam durchzuführen, obwohl „etwa vom künstlerischen Standpunkt gewaltsame Umwälzungen von großem Reiz sind, der an die Schönheit einer Wagner-Oper gemahnt“.

Also muß der sich in einer Krisis befindende Parlamentarismus gestützt, gelenkt und ergänzt werden. An den öden juristischen und sonstigen Betrachtungen Niedzialkowskis über dieses Thema ist allein politisch interessant, daß sie einen Weg weisen zur direkten Teilnahme der PPS-Führer — oder einiger von ihnen — an dieser „Verbesserung“ des Parlamentarismus, die in Polen vom Faschisten Pilsudski vorgenommen wurde.

Um das „gelehrte“ Werk Niedzialkowskis zu Ende zu lesen, ist es notwendig, eine nicht allzu kleine Dosis von Abscheu zu überwinden, den die gehäufte Heuchelei des „Theoretikers“ der Sozialverräterei hervorruft.

Einen noch abstoßenderen Eindruck macht das Buch von Alter.

Alter ist „Linker“. Er macht der PPS ihre Rechtsrichtung, ihren mangelnden Glauben an das Proletariat, ihren Glauben an den Kapitalismus zum Vorwurf. Er wirft ihr vor, daß sie jedes Kompromiß dem Kampfe vorziehe, daß sie nichts von einer Grenzregulierung wissen wolle usw. Aber er verwahrt sich dagegen, ihre Führer des „Verrats“ oder der „Käuflichkeit“ zeihen zu wollen.

„Sie spiegeln eben nur die verschiedenen Schattierungen des Klasseninstinktes der Arbeiterklasse wider. Es wäre naiv, ihnen zum Vorwurf zu machen, daß sie die unterbewußten Gedanken vieler anderer zum Ausdruck bringen“. Trotz allem sind die Führer der PPS, die „allmählich (!) in die Politik der besitzenden Klassen hineingezogen werden, durch das Gefühl der Klassenzugehörigkeit, das Bewußtsein der Klassenabgesondertheit mit dem Sozialismus verbunden“.

Der von dem Führer des „Bund“ empfohlene „linke Sozialismus“ herrscht seiner Meinung nach voll und ganz in der österreichischen und schweizerischen Sozialdemokratie und bildet „eine im gegenwärtigen Sozialismus durchaus einzigartige Strömung“. Dem „linken Sozialismus“ entgegengesetzt ist

„das Sektierertum der Kommunisten, die die objektiven Möglichkeiten außer acht lassen und um jeden Preis dem Proletariat als ganzem ihren Willen aufdrängen wollen.“

Alter wirft den rechten Sozialisten vor, daß „sie nicht die innere Schönheit der Revolution sehen“. Er erstrebt die Revolution. „Barrikaden und bewaffnete Zusammenstöße sind nicht unumgänglich notwendig. Diese romantischen Requisiten, die die Geister der Jugend entflammen, sind manchmal nötig, aber nicht immer notwendig (wörtlich!)“.

Der „linke“ Bundist setzt sich für den Zusammenschluß ein, obwohl er „das politische Hindernis: die Abgeneigtheit gegenüber Andersdenkenden“ kennt. Im gegenwärtigen Zeitpunkt des „organischen (!) Kampfes um den Sozialismus“ bedarf es der organisierten Einheit des ganzen Proletariats. Es genügt, die von den Kommunisten hervorgerufene Spaltung des Proletariats in Europa zu betrachten, um zu dem Schluß zu kommen, daß „eine einheitliche Organisation mit falscher Taktik besser sei als eine Reihe von Organisationen, von denen jede ihre eigene Wahrheit besitzt“.

Der Bundist, der mit seinem Glauben an das Proletariat und seinem Unglauben an den Kapitalismus prahlt, ist bereit, sich der Führung der PPS-Leute zu unterwerfen, die nicht an das Proletariat glauben und „in die bürgerliche Politik hineingezogen werden“. Natürlich zu Nutz und Frommen des „organischen Kampfes um den Sozialismus“! In Wirklichkeit besteht ein dauernder Block zwischen dem polnischen „Bund“ und der PPS gegen die Kommunisten; in Wirklichkeit hat es der „Bund“ zusammen mit der PPS sogar abgelehnt, einem gemischtparteilichen Ausschuß zum Kampfe um die Amnestie beizutreten.

Der Bundist ist für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, sogar für den Zusammenschluß von Amsterdam und Moskau. Aber er verurteilt streng die kommunistische Agitation, den „wilden und rohen Parteikampf“ innerhalb der Gewerkschaftsverbände. „Es geschieht oft, daß das eine oder andere Gewerkschaftsmitglied, nicht immer ein Kommunist, mit Recht aus der Organisation ausgeschlossen wird...“ Alter weiß genau, daß ausschließlich Kommunisten ausgeschlossen werden und daß sie in Polen gerade aus den Verbänden ausgeschlossen werden, in denen die Bundisten, und gerade diese, die Mehrheit bilden.

Alter beschäftigt sich ebenso wie Niedzialkowski viel mit der nationalen Frage. Seine Stellungnahme ergibt sich aus folgender Definition des Staates: „Der heutige Staat trägt einen zweifachen Charakter: er befriedigt die sozialen Bedürfnisse der Staatsbürger (auf den Gebieten der Kultur, der Sicherheit, der zivilen Verhältnisse usw.) und spielt die Rolle eines wirtschaftlichen (?) Apparates für die heutige Ordnung.“ Auf der Basis dieser „Definition“, die die Klassenwesenheit des bürgerlichen Staates übersieht, entwickelt Alter die angejahrte bundistische Theorie der kulturellen nationalen Autonomie (mit gewissen Ergänzungen eigener Fabrikation), wobei er in der Frage der Staatsgrenzen, die seiner Meinung nach überhaupt abgeschafft werden könnten, sich als sehr „revolutionär“ erweist. Der jüdische „exterritoriale“ Nationalist, der den Zusammenschluß aller seiner Stammesgenossen zu einer kulturellen nationalen Gemeinschaft anstrebt, ist (auf dem Papier) bereit, den polnischen Nationalisten zu bekämpfen, der die Grenzen seines nationalen Staates verteidigt. Der Bundist Alter, der nicht zu gewärtigen hat, daß ihn Pilsudski eines schönen Tages zum Minister ernennen wird, ist auch in der Koalitionsfrage zurückhaltender als der PPS-Mann Niedzialkowski, der diese Ernennung täglich erwartet.

Die ausländischen Genossen wissen von den polnischen Kommunisten, daß diese in den acht Jahren ihres illegalen Kampfes im „freien“ Polen unaufhörlich den wütendsten An-

griffen des weißen Terrors ausnahmslos aller polnischen Regierungen standhalten mußten. Aber die ausländischen Kommunisten wissen verhältnismäßig wenig, gegen was für einen Schlag von Sozialkompromißlern und Sozialverrättern sie innerhalb der Arbeiterklasse selbst zu kämpfen haben. Die gegenwärtige Besprechung über die „theoretischen“ Werke der Führer der PPS und des „Bund“ mag ihnen eine Vorstellung auch von diesem Kampf geben.

R. SONTER:

„DIE IMPERIALISTISCHE POLITIK IM FERNEN OSTEN“*

Der Verfasser dieses Buches ist Mitglied des Schweizer Nationalrates, Lehrer von Beruf, altes Mitglied der Schweizer Sozialdemokratie, und nun seit zwei Jahren ihr Präsident. Er gehört innerhalb der Schweizer Sozialdemokratie zur Zentrumsrichtung. Da aber die Schweizer Sozialdemokratie beschlossen hat, in die II. Internationale einzutreten (sie gehörte vorher zur 2½ Internationale), dürfte der Verfasser in der II. Internationale zum linken Flügel gehören. Wir haben es also hier mit einer Schrift zu tun, die unbedingt in einer Reihe von Einschätzungen einzelner Ereignisse von der offiziellen sozialdemokratischen Linie der II. Internationale abweichen wird, indirekt ihre Kritik darstellen muß, gleichzeitig aber auch gerade in allen Fragen, die sich auf die praktischen Konsequenzen beziehen, genau so falsch, aktionslos und damit natürlich vom Klassenstandpunkt aus ebenso verräterisch sein muß, wie die der II. Internationale. Die ungefähre Einigkeit in der praktischen Einstellung ist ja die Grundlage der Einigung mit der II. Internationale. In der Tat ist die theoretische Struktur der vorliegenden Schrift, die theoretische Einschätzung einer Reihe weltpolitischer Ereignisse, oppositionell gegenüber der Linie der II. Internationale. Die außerordentlich schwache Seite des Buches besteht darin, daß es nicht einen einzigen praktischen Wink in bezug auf die Arbeit des Proletariats und ihrer Organisationen zur Unterstützung des Befreiungskampfes gibt, trotzdem die Kritik der imperialistischen Politik derartig scharf ist, daß unbedingt praktische Konsequenzen erwartet werden. Der Verfasser wendet sich in der Widmung, die er in seinem Buche vorausschickt, an

- „alle Menschen, deren Herzen sich empören, wenn sie von Unrecht und Bedrückung erfahren... an alle, die unwissentlich sich zu Werkzeugen des Unrechts machen lassen... es (das Buch) ruft die Menschlichfühlenden zur Tat.“

Wie aber die Tat beschaffen ist, ist aus den Schlußzeilen des Buches zu ersehen. Dort erklärt der Verfasser:

„Es geschieht Unrecht, es wird weiter Unrecht getan... Sollen wir da in der Stunde der Gefahr schweigen...? Es gibt eine Macht, die stärker ist als alle anderen Bedenken: Das Gewissen in uns! Ihm haben wir gehorcht.“ (Durch die Veröffentlichung des Buches nämlich!!! A. S.)

Da aber das Buch ausgezeichnetes Material und in seinen Tatsachenangaben sehr viel Neues bringt (es ist zu vermuten, daß dem Verfasser das Archivmaterial des Völkerbundes zur Verfügung stand), kann das Buch nach zwei Richtungen hin ausgenutzt und bewertet werden: Einmal durch die Benutzung des im Buche enthaltenen Materials im Kampfe gegen den Imperialismus, zweitens aber auch zur Entlarvung der II. Internationale gegenüber den imperialistischen Problemen im Fernen Osten auf Grund der unfreiwilligen Kritik des Verfassers.

Die Schrift bringt als Einleitung eine kurze, aber treffende Charakteristik der immer mehr wachsenden Abhängigkeit des Schicksals des europäischen Proletariats, der Bauernschaft, von dem Schicksal des chinesischen Kulis und des chinesischen Bauern. Natürlich zieht der Verfasser nicht die geringsten Konsequenzen in bezug auf die Sabotage gerade

* Ernst Reinhard: Die imperialistische Politik im Fernen Osten. Verlag Ernst Bircher A.-G., Bern und Leipzig. 236 Seiten.

dieser Probleme durch die II. Internationale. Weiter schildert er dann die alte und hohe Kultur Chinas, die weit weniger als in Europa nur ein Vorrecht der besitzenden Klassen gewesen ist.

Dann beginnt eine schonungslose Schilderung des Eindringens der Kapitalisten mit Hilfe von christlichen Missionaren, denen immer sofort die bewaffnete Macht der eindringenden Staaten nachfolgte. Die Phrase von der friedlichen Durchdringung (die übrigens auch von der Sozialdemokratie aufgegriffen wurde) enthüllt sich schonungslos. Denn selbst in den Zeiten, in denen nicht fremde Kriegsschiffe wehrlose chinesische Städte zerschossen, Landgebiete besetzten usw., waren die „friedlichen Methoden“ mindestens ebenso grausam wie die militärischen. Die von den ausländischen Kapitalisten angewandten Arbeitsmethoden dürften kaum im Frühkapitalismus eine Parallele aufzuweisen haben. Kinder- und Frauenarbeit hat in den Fabriken einen Maßstab angenommen, der die Schilderung von Marx im „Kapital“ übertreffen dürfte.

Weiter schildert dann der Verfasser die Kämpfe der verschiedenen imperialistischen Mächte unter sich um die Vorherrschaft in Asien. Er bringt zu diesem Zwecke eine ausgezeichnet zusammengestellte graphische Tabelle, die die jeweilige Machtposition der einzelnen Staaten seit dem 16. Jahrhundert bis zu den heutigen Tagen anzeigt. Aus dieser Tabelle geht ganz deutlich hervor, wie immer neue Mächte in der Vormachtstellung in Asien einander ablösen, die Vormachtstellung einander abjagen, und er zeigt, daß heute die Entscheidung über die Vormachtstellung des amerikanischen, englischen und japanischen Imperialismus fallen muß. Durch diese Darstellung versetzt er einer der wichtigsten Theorien der II. Internationale einen ganz gehörigen Stoß, nämlich der Theorie vom Ueberimperialismus. Während Hilferding immer wieder betont, daß in der Nachkriegszeit die Tendenz immer stärker wird, die Gegensätze der Imperialisten unter sich durch friedliche Vereinbarungen zu überwinden, und während hierfür als Beweis das Washingtoner Abkommen, der Völkerbund und die Abrüstungspläne der Imperialisten angeführt werden, widerlegt gerade Reinhard mit einwandfreiem Tatsachenmaterial diese Theorie. Er zeigt auf, daß die Washingtoner Abrüstungskonferenz keine Verringerung der Rüstungen gebracht hat, sondern umgekehrt eine Vergrößerung, besonders derjenigen Waffengattungen, die für den kommenden Krieg in Asien entscheidend sein können, d. h. Flugzeuge, schnelle Kreuzer, Unterseeboote. Weiter beweist er, daß die Vereinbarungen über China keine friedlichen Vereinbarungen waren, sondern ein erfolgreicher Kampf des amerikanischen Imperialismus gegen den sich während des Krieges außerordentlich ausdehnenden japanischen Imperialismus. Gerade auf Grund der Verhältnisse in Asien verschärfen sich die Gegensätze zwischen den drei stärksten imperialistischen Mächten und wird der Krieg unvermeidlich. Der Verfasser sagt ausdrücklich auf Seite 218:

„Aber der Tag kommt, wo die Interessen des Kapitals stärker als alles andere sind, und wo ihr Schutz den Austrag mit den Waffen gebieterisch erheischt.“

Diese Notwendigkeit wird immer stärker, denn erst jetzt fängt die Entwicklung der Waffentechnik an, einen Krieg im Stillen Ozen zwischen Amerika—Japan oder Amerika—England—Japan möglich zu machen. Bisher waren die großen Entfernungen trotz der Seestationen im Stillen Ozean ein entscheidendes Hindernis für einen Krieg.

Damit ist aber ein Eckpfeiler der sozialdemokratischen Außenpolitik zertrümmert. Diese beruht ja gerade darauf, daß sich innerhalb des Imperialismus die Tendenzen immer deutlicher entwickeln sollen, jeglichen bewaffneten Konflikt auszuschalten.

Aber der Verfasser begnügt sich nicht damit, die einzelnen politischen Tatsachen aufzuführen und der Wahrheit entsprechend zu schildern, er fragt auch nach dem Grund, weshalb die imperialistische Ausbeutung solche einzigartige Formen annehmen muß. Er zeigt den Zusammenhang des Bank- und Industriekapitals in den großen Trusts. Er führt von den wichtigsten imperialistischen Staaten die großen Trustmagnaten auf, belegt mit Zahlen ihre unerhörte Macht über die Riesenunternehmungen der einzelnen Länder und zeigt den Zusammenhang auf Grund des Aktienkapitals mit den Bank- und Industrieunternehmungen in China, womit er gleichzeitig den Imperialismus nicht als eine zufällige Politik der kapitalistischen Staaten erklärt, sondern nachweist, daß diese imperialistische Ausbeutung, wie sie in Asien betrieben wird, nichts anderes ist, als die Erscheinungsform der kapitalistischen Wirtschaft in einer bestimmten Epoche. Also auch hier wieder, ohne daß Reinhard es will, ein neuer Schlag gegen das theoretische Gebäude der II. Internationale.

Erhebliche Leibschmerzen verursacht diesem Sozialdemokraten die Rolle Sowjetrußlands in den nationalen Befreiungskämpfen in Asien. Er kann nicht umhin, zuzugestehen, daß die Rolle, die Sowjetrußland heute spielt, dadurch hervorgerufen ist, daß die revolutionären

Kräfte Chinas Sowjetrußland tatsächlich als einzigen Verbündeten ansehen und begründet das wie folgt: Sowjetrußland ist das einzige anti-imperialistische Land, das zur Unterstützung in Frage kommt. Natürlich ist ihm dieses Zugeständnis sehr peinlich, und er versucht bei der Schilderung des Verhältnisses zwischen China und Sowjetrußland immer wieder den Eindruck zu erwecken, als verfolge Sowjetrußland ganz bestimmte eigene, egoistische, machtpolitische Interessen, die sich nur zufällig und zeitweilig mit den chinesischen begegnen. Den Vertrag, den Sowjetrußland mit Japan über Sachalin abschloß, stellt er sogar als gegen China gerichtet dar. Außerdem wird er nicht müde zu betonen, daß diese Sympathie der revolutionären chinesischen Kräfte keine Sympathien mit dem Kommunismus bedeute, dieser hat seiner Meinung nach überhaupt keinen Boden in China.

Trotz all dieser Behauptungen bedeuten aber diese Ansichten Reinhardts wiederum einen Schlag gegen einen der Hauptstützpunkte der sozialdemokratischen Politik. Ihre Sabotage der revolutionären Bewegung in Asien begründet die Sozialdemokratie zum großen Teil damit, daß sie nicht „die imperialistische Politik Sowjetrußlands unterstützen könne“. Diese Argumentation spielt eine sehr große Rolle bei der Sozialdemokratie. Auf dem Heidelberger Parteitag tauchte sie auf und in der „Gesellschaft“ ist sie auf Schritt und Tritt zu finden.

Natürlich weist dieses Buch außer den schon angeführten wesentlichen Mängeln noch eine Reihe anderer auf. Die Bauernbewegung in Asien, überhaupt die Agrarfrage, wird nicht berührt. Die Rolle der Volksarmee, die gerade wieder heute sehr stark hervortritt, ist nicht richtig gekennzeichnet. Der fortschreitende Prozeß der Differenzierung innerhalb der revolutionären Bewegung und das noch riesenhafte Kräfte-reservoir der chinesischen Revolution und der chinesischen Bauernschaft selbst, und der nationalen Bewegungen am Stillen Ozean sind zu wenig erkannt und berücksichtigt. Doch der schlimmste und nicht zu entschuldigende Fehler ist das hilflose pazifistische Gewäsch, mit dem der Verfasser an allen tatsächlichen praktischen Aufgaben des europäischen Proletariats zur Unterstützung der Bewegung in China vorbeiredet. Zu feige, aus dem sozialdemokratischen Sumpf zu steigen, will er sich dadurch retten, daß er mit der bloßen Konstatierung der Wirklichkeit glaubt, die Wirklichkeit überwunden zu haben. Eine weinerliche Süßlichkeit durchzieht das ganze Buch.

Dennoch aber stellt das Buch einen wertvollen Beitrag zur Entlarvung der pro-imperialistischen Politik der II. Internationale dar. Dieses Buch, von einem Sozialdemokraten geschrieben, stellt den Bankrott dieser Politik fest. Und wenn die II. Internationale in all ihren Veröffentlichungen immer wieder betont, daß die Bewegung in Asien, wenn sie eruptiven, nicht evolutionären Charakter annimmt, selbst eine Gefahr für den Weltfrieden darstellt, so dürften diese Aeußerungen der Schlußpunkt in der Entwicklung der Führer der II. Internationale zu einer Hilfsgarde für den Imperialismus sein. Zur Verbreitung dieser Tatsache und zu ihrer Aufhellung hat der Sozialdemokrat Reinhard einen unfreiwilligen, aber dennoch außerordentlich wertvollen Beitrag geliefert.

II. AUFLAGE

DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIEN

IHRE ROLLE IN DER INTERNATIONALEN ARBEITERBEWEGUNG
DER GEGENWART

HERAUSGEGEBEN VON EUGEN VARGA

E I N S A M M E L B U C H

A U S D E M I N H A L T :

DIE II. INTERNATIONALE / Die SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS: Geschichtliches, Zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse, Apparat der SPD, Soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft, Politische Gruppierungen in der Partei, Die Führung der Partei / DIE SOZIALISTISCHE PARTEI FRANKREICHS: Historisches, Anarchismus, Guesdismus, Soziale Gliederung Frankreichs, Einfluß und Wählerschaft der sozialistischen Partei, Strömungen / Die BRITISCHE LABOUR PARTY: Entwicklung und Organisationsform, Wahlerfolge / DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIEN IN DEN USA: Geschichtliches, Stärke der Arbeiterklasse, Einfluß der sozialistischen Parteien / DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIEN ITALIENS: Historisches, Soziale Gliederung, Gewerkschaft und Politik / DIE ARBEITERPARTEI BELGIENS: Historisches, Organisationsform, Wachstum / SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI OESTERREICHS: Historisches, Soziale Zusammensetzung, Stärke der Sozialdemokratie / DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIEN IN DER TSCHECHOSLOWAKEI: Die verschiedenen Parteien, Stärke der Arbeiterklasse, Entwicklung nach dem Kriege / DIE SOZIALISTISCHEN PARTEIEN IN POLEN: Geschichtliches, Klassengliederung, Die verschiedenen Arbeiterorganisationen / DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI UNGARNS: Geschichtliches, Organisationsform, Politik seit Kriegsbeginn, Klassengliederung des Landes / DIE SOZIALISTISCHEN PARTEIEN DES BALKANS: Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien

320 Seiten

Preis M. 4,50, geb. M. 6,—

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER, BERLIN NW6